

Wildcat-

Zirkular



Nr. 21, November '95

INHALT

Zu viele Postsäcke...	4
Neue Eskalationen bei Möbelum in Freiburg	8
Die Streiks in der Türkei	12
Politische Situation und Kämpfe in Ungarn	15
»Fair« gehandelt? Nicht die Bohne!	19
¡BASTA! Sonderausgabe zum Streik in Schmannewitz	22
I Furiosi – Die Wütenden	28
Impressionen einer Antifa-Demo	30
Jugoslawien – Diskussion	33
Zwischen Chip und Satellit	40
»Capital Moves« (Holloway)	47

kontakte

- Ost:** Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin
Tel.: 030/612 1848 (jaa@wildber.snafu.de).
Wildcat, c/o Infoladen, Koberger Str.3, 04277 Leipzig
(wild-l@link-l.cl.sub.de).
- West:** Sisina, Postfach 301 206, 50782 Köln
(wildcat@link-lev.dinoco.de).
Infoladen, Postfach 1334, 33043 Paderborn
- Süd:** Wildcat, VK Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim
Tel: 0621/657746 Fax: 0621/657747
Wildcat, Postlagerkarte 17 26 49 E, 79001 Freiburg
- Nord:** Wildcat, Postfach 306 325, 20354 Hamburg

abos

Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll das Zirkular abonnieren. Einzelexemplar 5 DM, 6 Ausgaben 30 DM. Schriftliche Bestellungen an Sisina, Berlin (s.o.) und Überweisung an Sisina GbR, Kto.-Nr. 315 02-109, Postbank Berlin, BLZ 100 100 00.

V.i.S.d.P.: P.Müller

Dieses Zirkular ist wie ein gutes Essen. Das Beste kommt am Schluß, aber die Vorspeisen verschaffen erst den rechten Appetit – auf mehr. Und es ist nicht zu üppig, damit es zu keinen Verdauungsstörungen kommt. Das hat zwar einen ganz simplen technischen Grund – mehr als 56 Seiten bedeuten eine nicht zu akzeptierende Zunahme von Handarbeit –, aber es führt zu sinnvoller Begrenzung des Lese- und Diskussionstoffs. Vielleicht gelingt es dann besser, *kontinuierliche* Diskussionsfäden innerhalb des Zirkulars zu entwickeln. Versprochen waren für dieses Zirkular bereits eine ausführlichere Auseinandersetzung mit Holloway, der Art wie K.H.Roth ihn aufgreift und die Erwiderung in der »konkret« – also zur Debatte, ob es die Perspektive eines globalisierten Klassenkampfes gibt. Der auf den letzten Seiten abgedruckte Beitrag von Holloway ist jetzt erstmal ein Anfang für diese Diskussion – aber ein wichtiger.

Ebenso fehlen Berichte und Einschätzungen zu dem Erwerbslosenkongreß in Hamburg – es lagen zwar einige Papiere vor, aber die Verfasser haben sich weitere Bedenkzeit erbeten.

In anderen Fällen haben wir diese nicht eingeräumt, da Texte im Zirkular bewußt einen unfertigen Charakter haben und zum Weiterstricken oder Gegenhämmern anregen sollen: Die Fortsetzung von »Gewaltmonopol zu verkaufen«, der Text »Zwischen Chip und Satellit«, kommt jetzt ohne die angekündigte Überarbeitung; an den Thesen von K.H.Roth zu Jugoslawien werden sich einige stoßen; und der Bericht aus Freiburg über einen nicht untypische Konflikt um die Installation eines Betriebsrats in einer »Klitsche«, beantwortet noch nicht die Frage, wie sinnvoll solche Versuche sind.

Sehr appetitanregend ist aber, daß wieder mehr Berichte wie der aus Freiburg oder über die Post in Hagen kommen, die einen mehr oder weniger »wildem Syndikalismus« zeigen, in dem wir selber drinstecken! Die Diskussion darüber, »was geht«, wo wir eingreifen und als ArbeiterInnen gegen den Papierträger »globales Kapital« kämpfen können, ist gerade jetzt wichtig. Etwas verspätet drucken wir daher auch das Flugblatt der ¡BASTA! zum Kampf der italienischen Bauarbeiter in Schmannewitz ab, daß in seinen Überlegungen über die Reportage der jW (siehe Zirkular 17) weit hinausgeht.

Nicht vergessen: Am 24. November ist Abgabeschluß für das nächste Zirkular!

Zu viele Postsäcke ...

Das nebenstehende Flugblatt wurde Ende Oktober bei einer Betriebsversammlung der Post AG in Hagen (etwa 2000 Beschäftigte) verteilt. Das Flugblatt traf voll ins Schwarze, die Zustimmung beim Verteilen und in kleineren Diskussionen war eindeutig. Erhebliche Verzögerungen beim Brief- und Paketversand lassen darauf schließen, daß die Situation bei der Post nicht nur in Hagen so ist. In Berlin sucht die Post verzweifelt Aushilfskräfte, sogar mit Anzeigen in der *taz*, um mit der Situation fertig zu werden. Bei Nachfrage wegen der langen Laufzeiten von Briefen, erklärte ein Postbeamter in Berlin, sie hätten teilweise einen Krankenstand von achtzig Prozent. Gerade vor Weihnachten wird sich die Situation weiter zuspitzen, das wäre eine günstige Zeit, um zu Aktionen zu kommen. Diesen Bericht solltet ihr daher möglichst Euren Bekannten bei der Post in euren Städten geben. (In Hagen werden die ArbeiterInnen gebeten, im Bekanntenkreis nach Arbeitswilligen zu fragen – aber mit welchem Bekannten möchte man es sich schon endgültig verderben?)

Eindrücke vom Verteilen vor der Betriebsversammlung

(VerteilerInnen)

Wir fangen kurz vor 11 Uhr an, die ersten tröpfeln ein, und werden von uns mit Sprüchen wie »Zuviel Arbeit bei der Post (und was man dagegen tun könnte)« begrüßt. Fast alle (99 Prozent) nehmen die Blätter, einige stellen sich wie in einer Schlange an, um eins zu bekommen – möglicherweise denken auch einige, es sei was Offizielles. Etwa 1000 Blätter werden von uns verteilt.

Die Überschrift mit den Postsäcken verstehen fast alle sofort, vor allem die Frauen. Gelächter, ja ja, zuviele Postsäcke, auch die mit den zwei Beinen. Einige der Männer, entweder weil sie es nicht gleich verstehen oder aus ironischer Pedanterie, sagen: Wieso Säcke, das heißt doch bei uns »Beutel«! Ab halb zwölf kommen immer größere Gruppen, viele werden von den Außenstellen in Bussen gebracht. Wir verteilen zu Dritt, wenn welche vorbeikommen, die schon ein Flugblatt haben, lachen sie: »Die Postsäcke haben wir schon«.

Als es noch nicht so voll und noch Zeit ist, bleiben ab und zu welche stehen, wollen über die Situation reden, nachdem sie erkannt haben, um was es auf dem Zettel in etwa geht. Ein Streik sei mal wieder fällig bei der Post, sagt eine Frau. Ein älterer Kollege, der es aufmerksam durchließt, sagt: Das nutzt ja doch alles nichts. Damals, als wir gegen die Privatisierung gestreikt haben, hat uns keiner geglaubt, daß es so weit kommen werde. Jetzt sehen sie es alle, aber jetzt ist es zu spät. Er meint, daß sie bestimmt mit dem Auslaufen des Tarifvertrages zum Jahresende neue Schweinereien vorhaben, da würden sie bestimmt an irgendwas rangehen. Danach unterhält er sich mit einer anderen älteren Kollegin über die Probleme des Vorruhestands und welche Regelungen es da gibt.

Eine Frau aus der Sortierung redet länger mit uns: sie beschwert sich, was die Chefs heute alles machen würden. Gerade sei sie wieder auf einen anderen Platz gesetzt worden, und nach zwei Tagen schon wieder auf einen anderen. Da habe sie sich beschwert. Da jetzt nicht mehr nach Namen/alphabetisch, sondern nach Nummern sortiert

ZU VIELE POSTSÄCKE

Die **Privatisierung** der Gelben Post ist bisher voll **auf unsere Knochen** gegangen: Durch Vorruhestand, Frühverrentungen, Abfindungen und Kündigungen ist der »Personalbestand« nach unten gedrückt worden (300 weitere sollen allein in Hagen in den nächsten beiden Jahren rausgekantet werden). Diese Art von Personalplanung ist nicht Unfähigkeit der Direktion, wie oft behauptet wird, sondern sie wollen uns damit unter Druck zu setzen, damit wir **mehr arbeiten**: am Schalter und im Fracht- oder Briefdienst.

Jetzt werden vor Weihnachten neue Leute mit **befristeten Verträgen** eingestellt und ohne vernünftige Anlernzeit in die Zustellung gesteckt. Dort gibt es überhaupt **keine geregelten Arbeitszeiten** mehr, sondern wir sollen so lange arbeiten, bis die Post verteilt ist. Das führt seit der Vergrößerung der Bezirke entweder zu vielen **Überstunden** oder zu einer wahn sinnigen **Hetzerei**. Beides macht krank, der Feierabend ist oft nur noch Abhängen, mit Freunden/Freundinnen und Familie können wir uns dann kaum noch treffen.

Schon allein deswegen können wir auch den blöden Spruch nicht mehr hören, wir sollten froh sein, einen Arbeitsplatz zu haben. Im Gegenteil: oft haben wir die Schnauze so voll, daß wir diese Arbeit nur noch verfluchen. Und überhaupt: wer hat eigentlich wirklich Lust darauf, sich jeden Morgen zur Arbeit zu schleppen? Viele von den Befristeten werfen nach kurzer Zeit das Handtuch, entweder durch Krankheit oder Kündigung, weil sie einfach keinen Bock auf die Arbeitshetze und die vielen Überstunden haben. Recht haben sie, aber trotzdem ist es schade – wir sollten lieber zusammen kämpfen statt einzeln zu gehen.

Warum machen wir es nicht wie die Piloten von der LTU, die sich kürzlich mit gemeinsamen Krankmeldungen gegen Mehrarbeit wehrten?

Die Post reagiert ganz sensibel auf solche Aktionen: ein paar Wochen vor Ostern lag in einigen Berliner Bezirken der Krankenstand bei 40-50%. Die Post bot dann eine Prämie von 1.000.- DM für alle, die bis Ostern nicht mehr Krankmachen und kündigte gleichzeitig an, gegen »erkennbare Fälle von Arbeitsverweigerung« vorzugehen. Daraufhin stieg der Krankenstand weiter an...

Jetzt vor Weihnachten haben wir eine starke Position.

Wir können uns gegen die viel zu langen Touren oder zusätzliche Arbeit wegen fehlendem Personal wehren, indem wir einfach »**Dienst nach Vorschrift**« machen und die vorgegebenen Arbeitszeiten einhalten (dafür gibt es viele Gründe, z.b. gesundheitliche, familiäre usw) oder wir verabreden uns mal zum **Streik**, ohne die Gewerkschaft: eine **Karawane von Gelben Autos durch die Stadt** und die Aussicht, daß die Weihnachtspakete erst im Januar zugestellt werden (wenn überhaupt!), bringt bestimmt Leben in die Postbude... Wenn sich Briefe und Pakete in den Verteilzentren stapeln, muß die Direktion sich schon aus Platzgründen schnell etwas einfallen lassen ...

**FESTE VERTRÄGE FÜR ALLE
KEINE ÜBERSTUNDEN MEHR
KÜRZERE TOUREN FÜR BRIEF- UND PAKETZUSTELLER/INNEN
EINSTELLUNG VON MEHR SPRINGERN
WENIGER ARBEIT – MEHR GELD**

Einige PostlerInnen, die aus Gründen der Arbeitsplatzsicherheit dieses Flugblatt nicht selber verteilen...

würde, sei es auch viel schwieriger, sich das zu merken. Die Folge sei, daß sie ständig auf einen Zettel gucken müßte und dann im Nu eine Genickstarre habe. Wenn sie die Chefs darauf anspricht, dann könnten die nie was dazu sagen. Überhaupt, die wüßten auch nichts, man würde keine Auskünfte bekommen. Erst hieß es, der Bau des neuen Sortierzentrums habe schon begonnen, jetzt sagen sie, die Post habe noch nichtmal das Grundstück gekauft. Sie selber ließe sich ja nichts gefallen, sie nicht mehr. Aber von einer Bekannten höre sie, was da im Lennetal (Frachtzentrum) los sei, das sei wirklich schlimm. Und die Polen sollten da nicht so das Maul aufreißen. Letztens habe ihre Bekannte ihr erzählt, ein Pole habe ihr gesagt, sie solle schneller arbeiten. Was habe der denn einer 58jährigen Frau zu sagen. Die Polen, die sollten erstmal das leisten, was wir hier geleistet hätten. Die hätten doch selber bisher gar nicht richtig gearbeitet... Ob das ein Chef gewesen sei? Nein, die normalen Kollegen. Ich versuche, mit ihr darüber zu diskutieren, warum sich heute verschiedene Kollegen so gegeneinander ausspielen lassen, worauf sie nicht weiter eingeht ... sie hetzt nicht aggressiv, erzählt das mehr beiläufig.

»Zuviel Arbeit bei der Post« wird von den meisten bestätigt, niemand kommt mit irgendeinem dummen Spruch, wir müßten schließlich an unsere Arbeitsplätze denken.

Ganz am Anfang kommt ein Kollege, kurz nachdem er mit dem Blatt reingegangen ist, wieder zu uns raus, stellt sich förmlich mit Handschlag und Namen vor: er sei Betriebsrat, habe das Blatt nur mal überflogen, findet es aber sehr gut, daß da mal Leute was tun. Natürlich wäre es besser gewesen, wenn die Kollegen vorher mal Kontakt mit ihnen aufgenommen hätte. Er will wissen, aus welchem Bereich die Kollegen kommen, die den Zettel gemacht haben. Wir vertrösten ihn damit, daß sich sicher einer der Kollegen mal mit ihnen in Verbindung setzen wird. Ja, die sollten sich mal zu Wort melden, jetzt auf der Versammlung »in die Bütt gehen«.

Die Betriebsversammlung selber...

(Arbeiterin)

Drinne waren die Reaktionen auf das Flugblatt ähnlich gut, viele lasen es aufmerksam durch und redeten mit anderen KollegInnen darüber, mir selber haben mehrere Male Kollegen einige Stellen aus dem Flugblatt vorgelesen, mit Begeisterung.

Es war nach den Erfahrungen der letzten Wochen und Monate sicherlich auch nicht so furchtbar schwierig, die Stimmung bei den PostarbeiterInnen richtig einzuschätzen, dazu sind die täglichen Sauereien einfach zu klar...

Die Versammlung fing mit einer halben Stunde Verspätung an. Es waren ungefähr 1000 Leute im Saal, von ca. 2000 Beschäftigten. Die Versammlungsleitung lag bei der Betriebsratsvorsitzenden, die als erste eine Art Rechenschaftsbericht machte, am Ende stellte sie ein paar Fragen zur Arbeitsplatzsicherheit in der Zukunft, zum Standort des neuen Briefverteilzentrums und zu den angeblichen Entlassungsplänen, und bot vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung an. Dann folgten die anderen BetriebsrätInnen, die ähnliche Fragen stellten, jeweils für ihre Spezialgebiete. Die Herren aus der Chefetage (es waren mehrere für alle drei Sparten der Gelben Post – Fracht, Brief, Schalteredienst – aus Hagen erschienen) sollten antworten, was sie natürlich eher allgemein und zögerlich taten.

Bei der Eröffnung der Diskussion verwies die Vorsitzende auf das Flugblatt, das »ja ganz offensichtlich von PostlerInnen kommt« und forderte die Belegschaft auf, sich nun kräftig zu Wort zu melden. Das geschah auch: es sprachen ungefähr 20 Leute über Saalmikrofone, man konnte sich einfach melden, es gab keine Tricksereien. Frauen und Männer redeten ungefähr zu gleichen Anteilen. Die Stimmung war durchweg aggressiv, fordernd, mehrere Male wurde ausdrücklich gesagt, daß man denen da oben nichts mehr glauben würde (was auch mit Beispielen belegt wurde). Die allermeisten stellten sich mit Namen und Dienststelle vor. Es ging im wesentlichen um vier verschiedene »Problemkreise«: Überstunden und Arbeitsverdichtung, Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzsicherheit sowie Unfähigkeit der oberen Etagen/Planungsfehler.

Leider kommentierte die Vorsitzende jeden (wirklich jeden) Beitrag und forderte die Chefs immer wieder recht autoritär auf, zu den Problemen Stellung zu nehmen. Sie wurden meistens ausgelacht oder ausgebuht, es gab viele Zwischenrufe.

Als sich in der Diskussion jemand darüber beschwerte, daß die Diensttoiletten in seinem Postamt immer weniger geputzt würden, wies eine Kollegin sofort darauf hin, daß seit einigen Monaten die Reinigung an eine Fremdfirma vergeben worden sei, und die Kollegin von dieser Firma reiße sich verständlicherweise für den Hungerlohn nicht die Beine aus... Diese zarten Ansätze einer wirklichen Diskussion wurden immer wieder von der BR-Vorsitzenden zunichte gemacht, die auch noch ein Musterbeispiel für gewerkschaftliches Denken lieferte: Die Beschwerde einer Kollegin, daß alle Frauen in der Paketsortierung ständig gezwungen sind, 20-30 Kilo schwere Pakete zu heben, damit die Paketrutschen nicht verstopfen, kanzelte sie mit dem Hinweis auf irgendein EG-Gesetz ab, wonach Frauen nicht mehr als 10 kg heben dürfen – also weit entfernt von jeder praktischen Überlegung, wie sich die Kolleginnen denn wirklich im Alltag gemeinsam wehren könnten...

Gegen Ende gab es noch einen Beitrag, der ausdrücklich darauf hinwies, daß es in den Händen der ArbeiterInnen liegt, die Überstunden zu verweigern oder sie zu machen, wozu konkrete Verabredungen in den verschiedenen Abteilungen und Dienststellen nötig seien. Die Überstunden seien nichts, was mit den Chefs zu diskutieren sei, sondern die Frage sei, wie lange es sich die Beschäftigten noch gefallen lassen, daß sie die vielen Überstunden aufgedrückt kriegen...

An dem Flugblatt und der Versammlung kann man jetzt sicherlich gut anknüpfen, und die Wochen vor Weihnachten sind für Aktionen gut geeignet, weil dann die Arbeitsbelastung noch weiter steigt und die Post viel zu verlieren hat. Das Flugblatt hat die schlechte Stimmung eher noch unterschätzt, viele Beiträge auf der Versammlung entsprachen seinem Inhalt, nur über die Konsequenzen (Dienst nach Vorschrift, Warnstreik o.ä.) redet niemand. Es herrscht der Gedanke vor, daß die Arbeit zwar Scheiße ist, aber eben irgendwie gemacht werden muß, und das gar nicht mal wegen der sonst eventuell drohenden Arbeitslosigkeit, eher aus einer Mischung aus Wut und Schicksalsergebenheit. Auf jeden Fall scheint sich die Gewerkschaft nicht sicher zu sein, ob ihre Schächten nicht vielleicht doch aus dem Ruder laufen könnten, sonst würde sie sich nicht so freundlich für die Herkunft des Flugblatts interessieren. Wie immer bei solchen rituellen Gelegenheiten wollte ihr Vertreter am Tag nach der Versammlung bei einem Radiointerview baldige Kampfmaßnahmen nicht ausschließen... Hoffentlich erlebt er da demnächst eine Überraschung. ■

»Möbelum«

Neue Eskalationen bei Möbelum in Freiburg im Kampf um einen Betriebsrat, aber erste Siege bei Gerichtsterminen

Der eine oder die andere hat es vielleicht schon mitbekommen, bei Möbelum in Freiburg ist einiges los. Es ereignete sich in den letzten Wochen dort einiges.

Doch fangen wir chronologisch an.

Im Herbst des letzten Jahres, nach dem Umzug in die neuen Räumlichkeiten in der Bettackerstr. 1 in Freiburg (von 8-10 ging es hoch auf etwa 30 Leute) wollten die Beschäftigten der Filiale von Möbelum in Freiburg, wegen der immer stärker auftretenden Schwierigkeiten mit der Betriebsleitung, dem immer mieser werdenden Arbeitsbedingungen und dem immer höher werdenden Druck, einen Betriebsrat gründen. Möbelum ist eine Ladenkette mit Sitz in Rottendorf bei Würzburg, zu der über 10 Filialen im Süddeutschen Raum und Österreich gehören. Der Chef der Firma – Feldhaus – dem im übrigen auch Blue-Möbel gehört und der gemeinsam mit RS-Möbel einkauft und auch sonst gute Beziehungen zu RS pflegt (ehemaliger Studienkollege), reagierte damals prompt und begab sich schon am Tag nach Bekanntwerden des Ansinnens nach Freiburg. Zum Teil wurden Mitarbeiter früh morgens an der Wohnungstür mit einer Kündigung oder Abfindungen konfrontiert. Einer beschritt damals den Klageweg und nahm aber doch noch in der Güteverhandlung auch eine recht gute Abfindung an.

Nach dem ersten Schock machten die Verbliebenen und neu dazugekommenen MitarbeiterInnen zunächst von dem Angebot zweier Vertrauenspersonen Gebrauch, die die MitarbeiterInnen gegenüber der Geschäftsleitung vertreten sollten. Als im Sommer die beiden Vertrauensleute ihre Arbeit gefrustet niederlegten, und eine Vertrauensfrau sogar die Konsequenz der eigenen Kündigung zog, war für den Großteil der Mitarbeiter klar, daß Veränderungen nur von ihnen selbst kommen können, und beschlossen als eine Möglichkeit, einen Betriebsrat zu gründen.

Zunächst wurden mehrere Treffen in der Form abgehalten, daß die Geschäftsleitung davon keinen Wind erhielt. Als jedoch einer einen Zettel mit der Aufschrift »Dienstag 10.10. 7.30 Uhr Gewerkschaftshaus« liegen ließ, war sofort klar, daß wieder ein Betriebsrat gegründet werden soll.

Die Antwort der Geschäftsführung kam prompt.

Am Freitag, den 6.10, stand der Besitzer der Ladenkette – Herr Feldhaus – aus der Zentrale in Rottendorf bei Würzburg in Freiburg auf der Matte, um die Betreiber der Sache ausfindig zu machen. Er führte mit dem größten Teil der Leute Gespräche, die zum Teil Verhörcharakter hatten. Bei den beiden, die er als die Hauptverantwortlichen ansah, bot er sogleich eine Abfindung an. Zunächst versuchten diese Zeit zu gewinnen, um den Wahlvorstand installieren zu können. Feldhaus ließ sich in den Gesprächen erstmal auf eine Bedenkzeit ein, allerdings nach Konferenz mit dem Filialleiter und

seinem Vertreter – der Filialleiter ein ehemaliger Wagenburgler und Platzbesetzer – schlugen sie los.

Noch in der Nacht kündigte er 3 MitarbeiterInnen auf 30.11.95 fristgerecht. Er hatte von einem Typ, der noch in der Probezeit ist und versuchte, für sich Vorteile rauszuholen – mehr Lohn, den er dann noch nicht mal bekam – die Namen gesteckt bekommen. Eine der Gefeuerten, die am Morgen auf der Arbeit erschien und weiterarbeiten wollte, wurde sogar von den Bullen wegen angeblichen Hausverbotes aus dem Laden geführt. Sie und ein weiterer bekamen Hausverbot. Die Sense wurde aber weitergeführt und in der folgenden Nacht wurde drei weiteren MitarbeiterInnen fristgerecht gekündigt. Die Idee sollte dieses Mal mit Stumpf und Stil ausgerottet werden. Die Leute besprachen sich über das Wochenende und luden für den der Firmenleitung bekannten Termin Di. 10.10. zu einer Betriebsversammlung ein, um den Wahlvorstand zu wählen. Durch die fristgerechte Kündigung war dies nach wie vor möglich. Diese Einladungen wurde am Montag, den 9.10.95, vor dem Geschäft verteilt. Dies führte dazu, daß der Laden an diesem Tag geschlossen war, da das klare Verhalten der Belegschaft eine ungeheure Kraft ausstrahlte. Am Montag erfuhren sie auch noch, daß der Feldhaus allen Beschäftigten, denen er habhaft werden konnte, eine Abfindung angeboten hatte. Anscheinend wollte er, wenn es geht, die gesamte Belegschaft auswechseln, was er nach unbestätigten Aussagen schon einmal getan hat. Die Abfindung wurde allerdings von niemandem angenommen.

Auf der Betriebsversammlung am 10. Oktober wurde den Gefeuerten von der Belegschaft die volle Solidarität ausgesprochen, als alle Gefeuerten in den Wahlvorstand gewählt wurden oder aber zu VertreterInnen. Der Wahlvorstand war nun der erste Schritt auf dem Weg zum Betriebsrat. Die Gefeuerten ihrerseits gingen sofort mit einer Einstweiligen Verfügung gegen die in der Kündigung ausgesprochenen Freistellung vor, um sich nicht von den noch im Betrieb Beschäftigten abspalten zu lassen. Zahlreiche Manöver der Geschäftsführung: »die sind Schuld, daß ihr jetzt Streß habt«, liefen allerdings ins Leere.

Die Presse, das Monopolblatt Badische Zeitung, Junge Welt und Radio Dreyeckland reagierten alle einigermaßen gut, wenn auch leider dazu zu sagen ist, daß sicher der beste Bericht in der bürgerlichen BZ zu finden war. Er war gut recherchiert und klar in der Aussage, was auch der Betrieb mittlerweile zu spüren bekommt. Die Umsätze gehen zurück, die Kunden drücken den MitarbeiterInnen ihre Solidarität aus und schreien zum Teil offen die Geschäftsleitung an. Spenden gehen ungefragt ein.

In der Folge wurde von Seiten der Geschäftsleitung der Wahlvorstand ständig gegängelt und in seiner Arbeit behindert. So wurde in zähen Kämpfen erreicht die entsprechenden Mittel zur Ausübung der Tätigkeit wie Büro, Schreibmaschine, Telefon, usw. zu erhalten. Dies benutzte die Geschäftsleitung nun, für eine erneute Eskalation. Dem Wahlvorstandsvorsitzenden wurde am 20.10. fristlos gekündigt. Dies wird begründet mit Vorgängen die zur Durchsetzung der Wahl des Betriebsrates (Aufhängen des Wahlausschreibens für die Betriebsratswahl am 30.11, also der letzte Tag vor dem Enden der Kündigungsfrist) und der Erlangung der dazu notwendigen Mittel nötig waren. Sie versuchen mit allen Mitteln den Betriebsrat zu verhindern. Diese irrationale Angst vor einem Gremium, was sowieso nur wenig Möglichkeiten hat, läßt sich nur damit begründen, daß es Feldhaus einen ganzen Haufen Geld kosten wird. Schließlich gibt es bisher

in keinem der Möbelum oder der Blue-Läden einen Betriebsrat und wahrscheinlich stinkt es überall wie in Freiburg.

Über die einstweilige Verfügung der Gekündigten auf Weiterbeschäftigung und über eine mögliche gütliche Einigung wurde am 24.10.95 im Arbeitsgericht Freiburg verhandelt. Die Güteverhandlung scheiterte, da die Vertretung der Firmenleitung nicht bereit war, die Kündigungen zurückzunehmen. Herr Feldhaus, Besitzer der Ladenkette Möbelum, war zwar geladen, ließ sich aber entschuldigen wegen einer »Krankheit«.

In der dann anschließenden Verhandlung über die Weiterbeschäftigung bis zum Kündigungszeitpunkt versuchte Frau Liebscher, die Anwältin der Firma, die Kündigungen als betriebsbedingt darzustellen: »Mit den Bestrebungen der Beschäftigten, einen Betriebsrat zu installieren, habe dies gar nichts zu tun. Es seien einfach zuviel Arbeitskräfte angestellt, so daß ihr Mandant einige entlassen mußte und bis zum 30. November auch noch freistellt, um ihnen die Möglichkeit zu geben sich eine neue Arbeit zu suchen.« Unpassend kam für sie daher der Hinweis der Gefeuerten, daß Möbelum Freiburg im September im Anzeigenblättchen Zypresse inserierte, um weitere Arbeitskräfte anzuheuern. Gleichwohl wurden mehrere Aushilfen neu eingestellt, wobei eine Aushilfe gekündigt worden war. Da sich Frau Liebscher ihrer Aussage nach selbst, wegen des Fernbleibens von Herrn Feldhaus, in einem »Informationsdefizit« befand und sich zu den einzelnen Vorgängen teilweise gar nicht oder nur äußerst unzureichend äußern konnte, einigte man sich im Falle von 4 Angestellten sofort. Sie werden ab sofort wieder arbeiten. Dies zunächst bis zum 30. November. Zudem wurde festgelegt am 5. Dezember über die Rechtmäßigkeit der Kündigungen zu entscheiden.

Ein erster Sieg der Gefeuerten also.

Etwas anders sah es im Falle des nun fristlos gefeuerten Wahlvorstandsvorsitzenden und einer weiteren Mitarbeiterin des Wahlvorstandes aus. Das Gericht folgte der Auffassung des Rechtsanwaltes des fristlos gefeuerten Vorsitzenden des Wahlvorstandes und gab der Vertreterin der Geschäftsleitung zu verstehen, daß die fristlose Kündigung vom Wochenende juristisch unhaltbar sei. Da sie allerdings, wie im Fall eines weiteren Mitgliedes des Wahlvorstands auf eine Unzumutbarkeit der Weiterbeschäftigung pochte, mußte das Gericht in der Frage entscheiden.

Am Abend gab das Gericht, wie von allen erwartet, dem Antrag der einstweiligen Verfügung auf Weiterbeschäftigung nach und so können auch die beiden letzten wieder ihrer Arbeit regulär nachgehen, bis über die Kündigungen entschieden ist. Die Gefeuerten sind bei ihrer Arbeit im Moment zahlreichen Repressionsmaßnahmen ausgesetzt, trotzdem ist die Stimmung ziemlich gut. Die Wahl zum Betriebsrat, sowie die Aufstellung der Gekündigten zum Betriebsrat bei Möbelum in Freiburg kann mit solcherlei Maßnahmen nicht verhindert werden, führt eher nur zur weiteren Solidarisierung.

Somit bleibt noch viel Zeit für Aktionen, um Feldhaus noch ein bißchen mehr an an deren Punkten in die Enge zu treiben. Wäre toll wenn er noch vor dem Gerichtstermin am 5. Dezember seine Kündigungen zurückzieht. ■

Die Streiks in der Türkei

In den letzten Wochen fanden die zahlenmäßig größten Arbeiterstreiks in der Geschichte der Türkei statt. Aber die Bewegung ist weit davon entfernt, eine revolutionäre politische Wende in dem Land einzuleiten. Die Sozialdemokraten sind aus der Regierung ausgetreten, um ihr Gesicht zu wahren; sie sind wieder eingetreten, um die Nation zu retten. Bericht eines türkischen Genossen aus Berlin.

Seit dem 7. September sind die Beschäftigten der Staatsbetriebe nacheinander in den Streik getreten. Am 6. Oktober hat sich die Zahl der streikenden Arbeiter auf fast 400 000 erhöht und den Boden bereitet für eine Regierungskrise. Die Republikanische Volkspartei (CHP) wollte ihre in der Gesellschaft verloren gegangene Akzeptanz zurückgewinnen. Die Partei, die seit vier Jahren an der Regierung beteiligt war, hat das Thema aufgegriffen, um sich innerhalb der Gesellschaft Zustimmung zu verschaffen. Sechs Monate lang hatte sie mit der Partei des rechten Weg (DYP) zusammen per Regierungserlaß die Streiks verschoben (besser gesagt: verboten). Nachdem sie nun einen Parteitag veranstaltet und einen neuen Vorsitzenden gewählt hat, hat sie die Seite gewechselt. Nun möchte sie breite Arbeiteraktionen, die unter ihrer Kontrolle laufen. Wenn sie am 16. Oktober erneut der Bildung einer Koalition zustimmt, eröffnet sich die Möglichkeit, die Streiks in wichtigen Branchen erneut um zwei Monate zu verschieben. Dies geschieht gleichzeitig mit einer aktiven Teilnahme der Basis an den Aktionen.

Nach dem monatelangen Aufschub haben die Streiks ziemlich ruhig begonnen. Bei einigen Hotels wurden draußen Transparente aufgehängt, während drinnen gearbeitet weiter wurde. Im Textilsektor ist zwar ein Streik beschlossen worden, aber es ist nicht gestreikt worden. Bis zuletzt sind die im Streik befindlichen ArbeiterInnen ziemlich schweigsam. Es gab keine breiten Straßenaktionen oder Demonstrationen. Die Hafentarbeiter in Istanbul streikten, während in İzmit weiter gearbeitet wurde. Als ob den ArbeiterInnen der soziale Frieden wichtiger wäre als ihre Löhne. Die Streikbeteiligung war breit, aber es war nirgends die Entschlossenheit und die Unterstützung des 1989er Kampfs zu spüren. Damals hat die Basis die Aktionen erzwungen und dabei verschiedene Kampfmethoden erfunden. Im Gegensatz dazu kann man fast sagen, daß heute unter Kontrolle der Gewerkschaftsbürokratie eine Linie durchgesetzt wird. Daß die Gewerkschaftsführer scheinbar so aktiv sind, obwohl sich ihre Forderungen den Angeboten der Regierung annähern, liegt daran, daß demnächst die Gewerkschaftstage stattfinden. Wir können über dieses Thema nichts Abschließendes sagen, weil wir zu wenig über die im Streik befindlichen Betriebe wissen. In letzter Zeit sind mit der Verlängerung der Tarifverhandlungen die Aktionen lebendiger geworden. Gleichzeitig haben sie sich ziemlich politisiert. Am 15. Oktober hat im Zentrum von Ankara eine Demonstration stattgefunden, die die Regierungskräfte zu verhindern versucht haben. Trotzdem haben sich über 200 000 ArbeiterInnen daran beteiligt. Die ArbeiterInnen der Privatbetriebe und die sonstigen Beschäftigten haben bisher fast nicht reagiert oder die Aktionen offen unterstützt. Die Beamten haben ihre Forderung nach eigener gewerkschaftlicher Organisation erhoben und den 17. Oktober zum allgemeinen Aktionstag erklärt. Wer daran teilgenommen hat und wie sich die Sache entwickelt, wissen wir noch nicht. Am selben

Tag war im Parlament die Vertrauensabstimmung für die Regierung Çiller. Noch eine Stunde vor der Abstimmung hat die Premierministerin bekanntgegeben, daß sie mit dem Vorsitzenden des Gewerkschaftsdachverbandes Türk İş telefoniert hat und mit einem neuen Angebot eine Einigung vorbereitet habe. Sie rief den Vorsitzenden zu sich, aber die ArbeiterInnen haben gefordert, daß die Premierministerin ihnen kommt. Am 13. Oktober hat sich die Gewerkschaft Haber-İş (Telefonarbeiter) mit dem Arbeitgeber geeinigt. Ihr Vorsitzender hat den Tarifabschluß damit begründet, daß der Vorschlag für die niedrigen Lohngruppen sehr günstig sei und die Mehrheit der Mitglieder seiner Gewerkschaft dieser Lohngruppe angehörten. Die Gewerkschaft Orman-İş (Forstarbeiter) hat im letzten Augenblick nicht unterschrieben, weil ihr vom Dachverband der Rauschmiß angedroht worden war.

Die Ursachen der Streiks

Der Streik wird allein um mehr Lohn geführt. Es gibt keine Forderungen gegen die Privatisierung, über die hier so viel geredet wird. Während der ganzen Aktionen ist das Thema nie in eine Forderung umgesetzt worden. Die erste Forderung von Türk-İş betraf nur die Löhne. Für die ersten sechs Monate forderten sie 45 Prozent, für das gesamte Jahr 70 Prozent, was der Inflationsrate des letzten Jahres entspricht. Das erste Gegenangebot der Regierung war 5,4 Prozent. Nachdem die Streiks begonnen hatten, ist die Regierung mit einem Angebot gekommen, das für uns überraschend klingt. Sie wollten den tariflichen Mindestlohn von 7 auf 11 Millionen Lira erhöhen, die Lohngruppen zwischen 11 und 15 Millionen sollten 3,5 Millionen Lira bekommen, die über 20 Millionen 3,3 Millionen Lira netto zusätzlich. Für die unteren Lohngruppen hat sie eine jährliche Lohnerhöhung von 95,2 Prozent, für die Lohngruppen über 20 Millionen von nur 13 Prozent vorgeschlagen. Betrachtet man die Einzelheiten, wird klar, daß die Regierung mit diesem Angebot zwei Ziele verfolgt. 1) Kurz vor den Wahlen Sympathien in der Öffentlichkeit gewinnen; 2) in den unteren Lohngruppen sind nur 82 000 ArbeiterInnen beschäftigt; in den übrigen jedoch 420 000. D.h. für die Regierungskassen ist dieses Angebot günstiger als eine lineare Erhöhung aller Lohngruppen. Die letzte Forderung der Türk-İş war die Anhebung der untersten Löhne auf 12 Millionen Lira; die übrigen Lohngruppen sollten für die ersten sechs Monate um 22 Prozent und für die zweiten sechs Monate 19 Prozent mehr bekommen. Im zweiten Jahr sollen die Löhne gemäß der Inflationsrate erhöht werden. Die Regierung hat angekündigt, daß sie für die Staatsbeamten Anfang nächsten Jahres ebenso verfahren werde. Die oberen Lohngruppen sollen 50 Prozent, die unteren Lohngruppen 55 Prozent und mehr Lohnerhöhung bekommen. [Die gewerkschaftliche Organisation der Beamten ist außergesetzlich. Es gibt keine Tarifverhandlungen, die Regierung beschließt die Erhöhung der Besoldung per Dekret.] Unverständlich ist auch, warum es zu keiner Einigung gekommen ist, obwohl Forderungen und Angebote so nahe beieinander lagen. Dafür haben beide Seiten politische Gründe. Die Regierung denkt an die Ergebnisse der nächsten Parlamentswahlen und will die Mehrheit der Öffentlichkeit überzeugen, um in der Regierung bleiben zu können. Die Gewerkschaftsführer denken an die Gewerkschaftstage: sie können ihre Sitze besser halten, wenn sie Unversöhnlichkeit demonstrieren. Ein Genosse von uns kommentiert die Sache noch anders: seiner Ansicht nach ist eine ganze Gesellschafts-

schicht und allen voran die ArbeiterInnen kurz vor der Explosion, das Land ist ein Pulverfaß. In dieser Situation haben die ArbeiterInnen kein Vertrauen in die Gewerkschaftsführungen, und die Gesellschaft hat kein Vertrauen in die Politik. Deshalb versuchen diese, mit ihren Kadern, diese "Ladung" zu entschärfen und ihren Einfluß auf die ArbeiterInnen und die Gesellschaft zu erhöhen. Das beste Beispiel, das diese These stützt, ist ein Artikel der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlerin Zeynep Atikkan, der Ende September in *Hürriyet* erschienen ist. Sie argumentiert folgendermaßen: Die Zahl der in Istanbul eröffneten *Cemeyleri* [Gemeindehäuser der Aleviten] ist im letzten Jahr auf über 40 gestiegen und sie werden immer voller. Entlassene ArbeiterInnen und Angehörige der untersten sozialen Schichten wenden sich dorthin, um nach Hilfe und einer Lösung zu suchen, anstatt sich an die Gewerkschaft zu wenden. Sie hält dies für falsch und fordert die Gewerkschaften und die gesellschaftlichen Organisationen auf, eine Lösung für dieses Problem zu finden.

Für eine klarere Einschätzung der ganzen Entwicklung muß man noch ein paar Tage abwarten. Wie werden die ArbeiterInnen reagieren, falls die Streiks wieder verschoben werden? Der Gewerkschaftschef hat verkündet, daß die Streiks dann außergesetzlich weitergehen werden. Wenn solche radikalen Äußerungen gemacht werden, heißt das meist, daß eine Einigung erfolgt ist.

Das Streikverbot und die weitere Entwicklung

Nachdem die Minderheitsregierung Çiller die Vertrauensabstimmung verloren hatte, beschloß sie von neuem eine Koalition mit der CHP. Danach hat die Regierung am 16. Oktober in vier Branchen die Streiks verschoben: für die Druckerei-, Papier-, Eisenbahn- und StraßenbauarbeiterInnen. Außer den ArbeiterInnen der Papierindustrie haben alle die Arbeit wieder aufgenommen, die PapierarbeiterInnen erst am 19. Oktober. Vor der Verschiebung der Streiks hatte die Gewerkschaftsführung noch gesagt: wenn unsere Streiks verboten werden, streiken wir außergesetzlich. Nach dem Regierungserlaß hat sich ihre Meinung geändert. Sie sagen, die ArbeiterInnen können sich nicht so schnell wieder an die Arbeit gewöhnen.

Am 20. Oktober haben Orman-İş und Haber-İş mit der Regierung einen ähnlichen Tarifabschluß gemacht. Am 24. Oktober hat die Landarbeiter-Gewerkschaft Tarım-İş unterschrieben; gleichzeitig sind 4000 Arbeiter in dieser Branche entlassen worden. Angeblich soll die Mehrheit von ihnen SaisonarbeiterInnen gewesen sein. Die Arbeiterfront ist deutlich demoralisiert. In der linken Presse sind die Nachrichten und Kommentare zu den Streiks weniger geworden. Trotz alledem hat die Türk-İş-führung am 25. Oktober die Regierung beschuldigt, nicht ernsthaft zu verhandeln: sie machten in der Öffentlichkeit Angebote, lasse aber am Verhandlungstisch alles im Unklaren. Das letzte Angebot der Regierung sei nahe an eine Linie gekommen, auf der man sich einigen könne. Am 26. Oktober wolle man sich wieder treffen und bis auf ein paar technische Details zu einer Einigung kommen. Wie hoch die Lohnerhöhung ausfallen soll und über welche technischen Details man sich nicht verständigen könne, wurde nicht erläutert.

Die Sozialdemokraten haben ihre Beteiligung an der Regierung und ihre Angriffe auf die Klasse als nationale Notwendigkeit bezeichnet. Diese Propaganda hat ziemlich Einfluß in der Arbeiterschaft, was das mangelnde Vertrauen in die eigene Kraft und die

passive Haltung offenlegt. In den vergangenen sechs Jahren sind die Avantgarden der 89er Aktionen entweder von ihrem Arbeitsplatz entlassen worden oder sie haben sich in der Gewerkschaftsbürokratie "aufgelöst". Wenn die Umstände sehr schwierig sind, zerstreut sich meiner Meinung nach die Klasse, wenn es innerhalb der Klasse keine erfinderischen und kämpferischen Intellektuellen gibt. Das ist das Problem in ganz Europa. Diese Menschen werden von den Arbeitsplätzen entlassen oder sie steigen in der Gewerkschaftsbürokratie auf und verlieren ihre Besonderheiten. In den letzten Tagen wurde hier viel diskutiert, ob die Arbeiterklasse hier und in der Türkei revolutionär ist oder nicht. Meiner Ansicht nach wäre es besser zu diskutieren, ob es zu revolutionären Momenten kommt, weil es innerhalb der Klasse Revolutionäre mit dem Wunsch nach einem anderen Leben gibt, oder weil die ArbeiterInnen die Schnauze voll haben. Sonst können wir es uns kaum erklären, daß sich über 400 000 ArbeiterInnen am Streik beteiligt haben und 200 000 trotz aller Hindernisse im Zentrum von Ankara demonstriert haben; daß die Aktion in dem Augenblick, als sie politisch zu werden begann, wieder in sich zusammenfällt. ■

P.S. Heute (27.10.95) war in der Zeitung zu lesen, daß Türk-İş und Regierung sich geeinigt haben: Die Lohnerhöhungen betragen durchschnittlich für die ersten und zweiten sechs Monate rückwirkend jeweils 16 Prozent, 18 Prozent für die ersten sechs Monate des nächsten Jahres und 20 Prozent für die zweiten sechs Monate. Das entspricht 34,56 Prozent im ersten Jahr und 41,60 Prozent im zweiten Jahr. Der tarifliche Mindestlohn liegt bei 12 Millionen Lira brutto. Der Abschluß liegt somit weit unterhalb der Inflationsrate. Die Beamten erhalten vorgezogen ab November statt Januar 50 Prozent mehr Gehalt.

Politische Situation und Kämpfe in Ungarn seit März 1995

*(Bericht eines Genossen aus Budapest, den er uns
Ende Oktober auf englisch zugeschickt hat.)*

Die Ankündigung von Austeritätsmaßnahmen am 12. März (seitdem umgangssprachlich nach dem Finanzminister Bokros-Paket genannt) führte zu einigen Demonstrationen. Diese Aktionen waren aber nicht koordiniert; sie kamen spät und nicht gemeinsam. Auf der StudentInnendemo Ende März waren 12 000 Leute, die LehrerInnendemo war ein Witz (1 000), und bei der Gesellschaft Großer Familien waren etwa 5 000. Auf den Demos waren auch rechte Politiker (sie sind in der Opposition; tatsächlich steht die Gesellschaft Großer Familien dem MDF [?] nahe), aber sie haben sich damit nicht beliebter gemacht, außer dem rechten Populisten Torgyán (Kleinbauernpartei), der bei den Umfragen jetzt besser abschneidet als die Freien Demokraten. Ende Mai hatten alle Gewerkschaften ihre vorher ausgesprochenen Streikdrohungen zurückgezogen, die Streikkomitees wurden aufgelöst. Die Gewerkschaften reagierten nicht mit Streiks, sondern schlugen selbst weniger brutale Austeritätsprogramme vor. Verhandlungen wurden aufgenommen, aber Mitte Juni nahm das Parlament die Austeritätsmaßnahmen

schließlich mit kleineren positiven Änderungen an. Viele Organisationen gingen gegen die Sparmaßnahmen vors Verfassungsgericht. Die Kürzungen bei den Universitätsbeschäftigten wurden schon für verfassungswidrig befunden, und bis Ende Juni gab es noch ein paar weitere Entscheidungen. Die meisten Sparmaßnahmen wurden aber durchgezogen, ohne daß dafür ein Gesetz hätte geändert werden müssen, da die Regierung z.B. den Universitäten nicht genug Geld gab, um die ArbeiterInnen zu bezahlen.

Aber der Volkszorn wuchs im Mai und Juni weiter an. Zuerst kam raus, daß die Budapest Bank heimlich 12 Milliarden Forint vom Staat bekam. Bokros war Präsident dieser Bank gewesen. Dann kam raus, daß Bokros bei seinem Abschied aus der Bank 16 Millionen Forint Abfindung bekommen hatte. Das löste bei der Intelligentsia (die die Regierung bis dahin unterstützt hatte) und einigen Führern aller möglichen Parteien eine moralische Hysterie aus. Die Intelligentsia war schon wütend gewesen und hatte einige Petitionen verfaßt, da auf Einkommen aus Copyright eine 44prozentige Sozialversicherungsgebühr geplant wurde, d.h. eine glatte Halbierung der Einkommen von Leuten wie z.B. JournalistInnen, KünstlerInnen, teilweise WissenschaftlerInnen wie mir selbst usw. (Außerdem hätte die Intelligentsia dafür nichts bekommen, es hätte sich also schlicht um eine Steuer gehandelt.) Dieser Plan scheiterte am Verfassungsgericht.

Es gab gut ein Dutzend kleine, lokale Demos gegen Schulschließungen durch die Lokalregierungen, denen das Geld ausging. Seit Mai protestieren die ÄrztInnen gegen geplante Krankenhausschließungen. Es gab keinen Streik von Blaumännern seit dem stillen und nicht wirklich erfolgreichen 96stündigen EisenbahnerInnenstreik im April. Die Regierung beschloß die Einführung einer Monatsgebühr von 2 000 Forint an den Universitäten: Sie wollen die StudentInnen spalten und jede Solidarität zwischen StudentInnen und DozentInnen und zwischen den Universitäten verhindern: Jede Universität soll das Recht haben, die Gebühr auf 10 000 Forint zu erhöhen, und 20 Prozent der StudentInnen sollen wegen ihrer sozialen Lage von den Gebühren befreit werden.

Die Feuerwehrleute hatten eine Demonstration (am 5. September mit 2.500 TeilnehmerInnen, insgesamt gibt es 9 000 Feuerwehrleute in Ungarn). Ich erwähne das nicht nur, weil sie für bessere Löhne kämpfen, sondern auch wegen der traurigen Tatsache, daß auf der Demonstration Torgyán, der Vorsitzende der rechten populistischen Kleinbauernpartei, auftrat, vor den ArbeiterInnen eine Rede hielt und sie ihm Beifall klatschten! Natürlich besteht die Gefahr, daß die Leute sich nach rechts wenden, aber noch ist nichts verloren.

Im September gingen die Schulschließungen weiter, die Krankenhausschließungen haben gerade erst angefangen. Es gab eine Elterndemo mit ein paar hundert TeilnehmerInnen gegen die Schließung von zwei Kinderkrankenhäusern in Budapest. Es gibt lokale Demos gegen Schulschließungen, hier und da laufen Unterschriftensammelkampagnen.

In einem im Juli veröffentlichten Regierungserlaß führte die Regierung eine Studiengebühr von 2 000 Forint im Monat ein. Der Erlaß ermöglichte auch die Einführung von zusätzlichen Gebühren bis zu 8 000 Forint. (Der Durchschnitts-Nettolohn [ich nehme an, hier ist der Stundenlohn gemeint] in Ungarn beträgt etwa 25 Forint.) Nach langer Stille organisierte der Nationale Studentenbund (HÖKOSZ) zwischen dem 25. September und dem 5. Oktober eine Reihe von Demonstrationen und Kundgebungen. Die nationale StudentInnendemonstration begann am 4. Oktober am Parlamentsplatz und

ging bis zum Nachmittag des 5. Oktober. Das ganze war vom HÖKOSZ organisiert, der den Studiengebühren (wenn überhaupt) eine weiche Linie entgegensetzt. Bei Verhandlungen mit der Regierung am 5. Oktober akzeptierte HÖKOSZ die Gebühr von 2 000 Forint und einigte sich mit der Regierung auf den Kompromiß, daß Zusatzgebühren nicht vor September 1996 eingeführt werden. Als sie mit diesem Ergebnis herauskamen, schlug den HÖKOSZ-FührerInnen die laute Unzufriedenheit der Mehrheit auf dem Platz entgegen. Es dauerte fünf Stunden, bis sie die StudentInnen beruhigt hatten. Die Stimmung wurde radikaler, die StudentInnen bekamen ein Megaphon und sagten einer nach der anderen seine/ihre Meinung: NEIN zu allen Studiengebühren! Während der Tage der Demos wurde vielen StudentInnen klar, daß HÖKOSZ nicht die Interessen der StudentInnen vertritt.

Angesichts der weichen Linie des HÖKOSZ hat unsere revolutionäre Gruppe aus AnarchistInnen, KommunistInnen und TrotzkiInnen schon Ende September ein Flugblatt gemacht, das sich gegen jede Art von Bildungsgebühren aussprach und auf das antidemokratische System von HÖKOSZ hinwies. Als Unterschrift schrieben wir drauf: »Diákok a tandfj ellen – Szabad Egyetem Mozgalom (SZEM)« zu deutsch: StudentInnen gegen Studiengebühren – Freie Universitätsbewegung (FUB). Wir haben die Flugblätter in den Unis an die Wände gehängt und sie auf der Demo am 4. Oktober verteilt, aber wir sind nicht länger auf der Demo geblieben, weil das ganze wie ein Friedensfestival war. Nach der Demo haben viele StudentInnen uns persönlich dasselbe gesagt. Es wurden ungefähr 2 000 Flugblätter in fünf bis sechs Städten in Ungarn und 1 000 in Budapest verteilt. So haben wir schließlich ein bißchen (wahrscheinlich nicht viel) zur Radikalisierung der StudentInnen beigetragen, was zu den oben erwähnten Ereignissen am 5. Oktober führte. (Ende September gab es an der ELTE-Universität schon ein Flugblatt von einer unbekanntenen Gruppe, die sich Widerstandsbewegung der StudentInnen nannte, wo draufstand: Ihr bezahlt Bokros und [Ministerpräsident] Horn! Diese Gruppe ist nicht wieder aufgetaucht.

Wir dachten, daß der ganze Kampf nach der Demo losgeht. Und wir hatten recht. Vier Tage nach der letzten Demo brach die lokale StudentInnenvertretung in der Stadt Debrecen mit den »Zielen« des Nationalen Bundes und organisierte eine Demo mit 500 Leuten. Sie haben eine Umfrage gestartet und 2 750 Unterschriften gegen jede Gebühr gesammelt. Nur 13 Leute haben geschrieben, daß sie bezahlen werden. Das geschah innerhalb von zwei Tagen an einer Universität mit insgesamt 9 000 StudentInnen. Es gab Universitäten in anderen Städten (Pécs, Szeged, Gödöllő, Eger), die sich mit dieser Initiative solidarisch erklärten. Ich bin mir aber nicht sicher, ob sie anfangen, Unterschriften gegen die Gebühren zu sammeln oder nicht. Inzwischen hatte unsere Gruppe in neues Flugblatt gemacht, wo draufstand: NEIN zum Kompromiß zwischen HÖKOSZ und der Regierung. Auf demselben Flugblatt riefen wir zum Boykott der Gebührenzahlung auf und gaben Ort und Zeit für ein Treffen an, um ihn zu organisieren. Das Treffen war am 17. Oktober. Ungefähr 60 StudentInnen kamen (hauptsächlich von der Budapester ELTE-Universität und von ein paar anderen). Es waren radikale Anti-Gebühren-StudentInnen, und wir hatten eine gute Diskussion, an deren Ende wir ein Papier für die Unterschriftensammlung schrieben – eins für StudentInnen, wo draufstand, »Ich bezahle die Gebühr nicht«, und eins für Nicht-StudentInnen, wo draufstand, »Ich unterstütze den Gebührenboykott«. Wir haben 30 Namen mit Adressen und Telefonnummern

gesammelt, was half, den Boykott weiter zu organisieren. Der Name Freie Universitätsbewegung kam auch gut an, ein Student bestand darauf, daß wir unsere Ziele und Prinzipien aufschreiben sollten. Bei diesem ersten Treffen hatten wir aber keine Zeit dafür. Aus einem einfachen Grund: Die Gebühren müssen bis zum 31. Oktober bezahlt werden. Es gibt keine echten Sanktionen gegen diejenigen, die bis dahin nicht zahlen. Das größere Problem ist aber, daß diejenigen, die bis Mitte Dezember nicht zahlen, vielleicht nicht zu den Prüfungen zugelassen werden. Wir haben nicht viel Zeit, um die passive und zynische Mehrheit der Budapester StudentInnen aufzuwecken. Am nächsten Tag (18. Oktober) haben wir das Unterschriftensammelblatt ungefähr 300 mal kopiert. Wir haben auch Plakate mit dem einfachen Wort »Tandíbojkott« (Studiengebührenboykott) und dem Ort und Termin fürs nächste Treffen gemacht. Das findet am 24. Oktober statt. Die Unterschriftensammelzettel und Plakate gehen in diesen Tagen herum, sie kommen sehr gut an, wir müssen uns also darauf vorbereiten, daß das Treffen am 24. größer wird.

Vor ein paar Stunden habe ich gerade noch einmal mit einigen StudentInnen geredet, die ich vorher nicht kannte, und wir haben ein paar Vorschläge für das nächste Treffen vorbereitet:

- wir müssen die Papiere für die Unterschriftensammlungen und die Plakate unseren Freunden in anderen Städten in Ungarn schicken;
- den Informationsaustausch zwischen verschiedenen Städten in Ungarn organisieren und ein regelmäßiges Infoblatt mit Nachrichten über den Kampf gegen Studiengebühren an verschiedenen Orten in Ungarn und im Ausland (Türkei, Rumänien, Österreich, Deutschland) herstellen;
- die Diskussion auf andere Themenbereiche ausweiten: für eine bessere technische Ausstattung der Universitäten, für echte Vertretung der Interessen der StudentInnen usw.;
- die Arbeit aufteilen: Wer verteilt wo unsere Papiere und Plakate. Das ist wichtig, weil wir in den meisten Universitäten in Budapest keine AktivistInnen haben;
- einen kurzen Fragebogen machen, um Informationen zu kriegen, wieviel Prozent der StudentInnen gegen Gebühren sind, wer sich ernsthafter organisieren will;
- wie gewinnen wir die DozentInnen für unsere Ziele;
- auch das Internet zur Kommunikation benutzen, weil wir z.B. die Briefe, die aus Debrecen geschickt wurden, nicht bekommen haben.

Diese und andere Vorschläge werden wir auf dem nächsten Treffen diskutieren.

In den letzten Tagen habe ich mit vielen Leuten geredet, die ich vorher nicht kannte. Viele von ihnen sagen, daß es die Chance für einen Volksaufstand in Ungarn gibt. Das erscheint vielleicht unrealistisch und zu optimistisch. Gleichzeitig ist die Gefahr groß, daß die Leute sich nach rechts und den rechtsextremen Parteien zuwenden, die am 22. und 23. Oktober Gedenkdemos (für die Revolution von 1956) organisieren. Die einzige Antwort darauf und die einzige Chance, die Wende nach rechts zu verhindern, ist die Organisation von unten. Es ist ein gutes Zeichen, daß es so aussieht, als seien die meisten StudentInnen gegen die Regierung und gleichzeitig gegen rechts.

Solidarität!

20. Oktober 1995

»Fair« gehandelt? Nicht die Bohne!

Zur Kampagne gegen die Vermarktung mexikanischen Kaffees
durch das Naturkost-Unternehmen »Lebensbaum

In einer Sonderausgabe der »direkten Aktion«, der Zeitung der FAU, vom September wurde über die Bedingungen auf Kaffeefincas in Chiapas berichtet und über die Vermarktung dieses Kaffees durch deutsche Kaffeeimporteure, darunter auch Unternehmen der Naturkostszene. Die 20.000 Exemplare der ersten Auflage sind inzwischen vergriffen. Die Zweitaufgabe kann bestellt werden bei: Direkte Aktion, Bismarckstr. 41a, 47433 Moers.

Ein großer Teil des Kaffee-Anbaus in Chiapas ist in den Händen deutschstämmiger Fincabesitzer, die sich im letzten Jahrhundert dort angesiedelt hatten, da sie das Land von der Regierung fast geschenkt bekamen. Eine dieser Fincas ist Liquidámbaar. Diese Finca wurde am 4. August 1994 von den Landarbeitern besetzt und am 22. April 95 von Militär und den Weißen Garden der Großgrundbesitzer geräumt. Dabei gab es Tote. Die Mehrheit der Landarbeiter hält sich noch in den Bergen versteckt, da offiziell nach ihnen »gefangdet wird«. Nach der Räumung wurde über Radio verkündet, daß es freie Arbeitsplätze auf der Finca gäbe.

Angeblich wird den PlantagenarbeiterInnen Mindestlohn gezahlt, was aber nach Untersuchungen der mexikanischen Journalistin Marta Durán de Huerta nicht einmal stimmt. Den guatemalteckischen ArbeiterInnen wird z.B. nur die Hälfte des Lohnes der Mexikaner gezahlt.

Besitzer der Finca Liquidámbaar ist die deutschstämmige Familie Hudler-Schimpff. Sie verkauft die Marke Maragogype, die in Deutschland über den Hamburger Kaffeehändler Karl Hudler GmbH vertrieben und vorwiegend in Delikatessensläden verkauft wird. Der Preis für ein Pfund: 29.80 DM.

Eine andere Kaffeepnatage ist die Finca Irlanda. »Deren Gründer, Rudolf Peters aus Hamburg, ist noch beim Anthroposophen-Oberguru Rudolf Steiner persönlich in die Lehre gegangen; seine Familie betreibt seit 1928 den ältesten biologischen Kaffeeanbau in ganz Amerika. Vermarktet wird dieser Kaffee US/EU-weit, hierzulande von Ulrich Walter und seiner Firma Lebensbaum in Diepholz und Rehden (bei Osnabrück).« (Direkte Aktion) Der Kaffee trägt die Bezeichnungen: »Mexiko-Kaffee« oder »Minero-Kaffee«.

In einem Interview mit einem Mitglied der Avendaño-Gegenregierung von Chiapas wurde erwähnt, daß sie auf der Finca Irlanda zwar vorbildlichen biologischen Anbau betrieben, die soziale Situation der ArbeiterInnen aber katastrophal sei. Dies ist natürlich besonders interessant vor dem Hintergrund, daß Bio-Produkte in der Vermarktung immer als besonders sozial hingestellt werden und das Klischee vom »fairen Handel« verbreitet wird. »Dieses verkaufsfördernde Klischee bedient auch die Firma Lebensbaum in ihren aufwendigen Image-Kampagnen und pastellfarbenen Werbeprospekten nur allzuerne. Das Wort »sozial« finden wir auf jeder Seite des Propagandamaterials.«

Lebensbaum erweckt den Eindruck, sie würden Kaffee verkaufen, der zu »gerechten« Bedingungen produziert wird (was ist das?). Außerdem betreibt sie Etikettenschwindel mit ihrer Zugehörigkeit zu Transfair, eines »Vereins zur Förderung des Han-

dels mit der Dritten Welt«. Dort ist Bedingung, daß der Kaffee aus Kooperativen stammt. Die Finca Irlanda ist aber gewöhnlicher privater Großgrundbesitz. Auch dort wird – wie auf Liquidambar -nicht einmal der Mindestlohn gezahlt, (was die Finca-Besitzer natürlich bestreiten); es wird Akkordlohn gezahlt, der nur bei einer Arbeitszeit von 16 Stunden überhaupt das Überleben sichert.

Ein weiterer Artikel dieser Sondernummer beschäftigt sich mit den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den BRD-Naturkostbetrieben. Auch hier ist das Fazit: diesselbe kapitalistische Ausbeutung wie anderswo: »Stundenlöhne von 10-12 Mark sind keine Seltenheit, 580 Mark-Verträge sind gang und gäbe.« Die FAU ruft zur Gründung einer »Gewerkschaft Naturkostindustrie« auf.

Die Reaktion der Naturkostunternehmen war teilweise ziemlich panisch. Die Firma Lebensbaum hat inzwischen Anzeige gegen den Verleger der Direkten Aktion erstattet. Über weitere Ereignisse berichtete uns die FAU:

»Am 9. September 1995 wurde die Messe des Großhändlers Löwenzahn in Bielefeld von GenossInnen der FAU Region Nord besucht und unsere Kaffee-Boycott-Sonderausgabe verteilt. Die Reaktionen der Messebesucher waren meist zustimmend, die Reaktionen der Naturkost-Unternehmer logischerweise erheblich anders:

Martin Rombach (Lebensbaum) setzte sofort den Veranstalter unter Druck, uns durch Hausverbot zu entfernen. Außerdem war er völlig überrascht, daß wir dort auftauchten: »Das haben wir nicht erwartet, sonst hätten wir unsere Gegendarstellung mitgebracht! Wir haben ja schon Strafanzeige gestellt ...«. Uns kümmerte das herzlich wenig, und alle GenossInnen waren den vielen Diskussionen mit den Naturkost-Kapitalisten gewachsen.

Sehr hervorgetan hat sich in der Diskussion Walter Lang, dessen Firma Allos eine der potentesten Naturkostfirmen überhaupt ist. Seine dicken Profite macht er mit Honigimporten aus aller Welt, der Produktion von Müsli-Riegeln und seit kurzem auch mit Keksen (er kaufte in Sachsen eine Keksfabrik auf), die Vermarktung läuft weltweit.

Hier eine kleine Kostprobe: »Die Indios können doch zufrieden sein, daß wir ihnen Arbeit geben – die mexikanische Wirtschaft ist so marode ...« – »Das ist doch Boden, den die Familie Peters rechtmäßig gekauft hat.« – »Es geht doch um die biologische Qualität! Die Indianer sollen doch froh sein, das sie nicht mehr mit den Giften arbeiten, das andere ist doch erstmal egal.« (Walter Lang)

Der Bundesverband Naturkost Naturwaren Einzelhandel e.V. sah sich zu einer öffentlichen Mitteilung genötigt: »Eine Stellungnahme von den auf dieser Finca arbeitenden Tagelöhnern ist angekündigt.« Und erstmals wird auch über unser zweites Anliegen berichtet: »Ein weiteres Thema in dieser Zeitung sind die Arbeitsbedingungen in der Naturkostbranche und die Forderung nach einer Gewerkschaft. Wenn Ihr von der FAU hört, informiert uns bitte, damit wir die Bedeutung dieser Gruppe abschätzen und entsprechend reagieren können.«

TransFair e.V., Köln, bestätigte, daß Lebensbaum keinerlei TransFair-Gebühr (23 Pfennige pro kg) für seinen FI-Kaffee abführt: »In der Tat ist das TransFair-Siegel ein wichtiges Kriterium. TransFair verbürgt sich jedoch nur für die Kaffeesorten, die das TransFair-Siegel tragen. Lebensbaum hat (wie die meisten anderen Lizenznehmer auch) Kaffee mit und Kaffee ohne Siegel. Finca Irlanda gehört (s.o.) zu letzterem.«

Wer das Geld hat, hat die Macht!

Dies wurde deutlich, als wir erfuhren, daß das Naturkost-Anzeigenblättchen Mahlzeit! in seiner August/September-Ausgabe einen schlichtweg unverschämten Kurzbeitrag über unsere »Diffamierungskampagne« brachte und diesen pikanterweise mit einem Foto des »angeschwärzten Kaffee« illustrierte, kostenlose Werbung also. Auch hier wieder die Behauptung, daß Lebensbaum »mit offiziellen Dokumenten aus Mexiko die Unrichtigkeit der Beschuldigungen« bewiesen und inzwischen »Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt« habe. Wir haben die Redaktion dieses Blattes schriftlich zur Rede gestellt, aber bisher keine Antwort zu ihrer Art von einseitigem Journalismus erhalten.

Ohne die Unterstützung von vielen Seiten (ob Bioläden, KundInnen und vielen GenossInnen) hätten wir Lebensbaum nicht derart in's Schwitzen gebracht noch hätten wir all die Informationen als FAU erhalten, die für die Recherchen nötig gewesen sind. Denn eines wollen wir nocheinmal öffentlich wiederholen: Lebensbaum bejammert immer wieder, daß wir nicht bereit wären, mit ihnen direkt zu sprechen, Informationen wurden uns aber niemals zur Verfügung gestellt.

Ein Unternehmer/Chef ist wie eine Windel, immer an Deinem Arsch – und voller Scheiße. Diese Erkenntnis zeichnet in ganz besonderem Maße den verlogenen Teil der Naturkostbranche aus, die sich nun alle um Ulrich Walter zusammenschließen. Unsere angeprangerten »überlebten Weltrevolutionsideen« tragen also Früchte. Bisher haben wir rund zweitausend Naturkostläden und »Dritte Welt«-Solidaritätsgruppen angeschrieben, auf mehreren Bio-Messen und in mindestens fünfzehn Groß- und Kleinstädten vor Bioläden unsere Sonderausgabe verteilt. Die klarsten Antworten gab's in Hamburg von einem Bioladen: »Was interessieren mich die Indios, nicht interessiert nur mein Profit!« Daß dieser Naturkostkrämer auch noch die Flugblattverteiler durch Anrempeln zu provozieren versuchte, paßt zu dieser Sorte Mensch. Die offenkundig schlechteste Ausrede vieler Bioläden war allerdings: »Wenn das stimmt, nehmen wir die Lebensbaum-Produkte aus dem Sortiment!« Schön, aber alle Fakten sind aus den Lebensbaum-Informationen für jeden des Lesens Kundigen nachlesbar.

In Chiapas wurde ein Schreiben der FAU an die rebellische Gegenregierung Aven-
daños (mittlerweile fanden Neuwahlen statt) in der Tageszeitung Tiempos abgedruckt und vom FI-Besitzer Peters nach Deutschland zurückgefakt. Es kam zu einem kurzen Videostatement zu unserer Kampagne, das vom Colectivo Perfil Urbano aus MexikoCity aufgezeichnet wurde, um es in Mexiko nicht nur den Aufständischen zu zeigen. Unsere Aktion wird mit Respekt und Dankbarkeit aufgenommen und es wird auch verstanden, daß wir unsere Interessen mit ihren berechtigten Forderungen verbinden.

Wir freuen uns über jede weitere Unterstützung unserer Kampagne, jeden Brief von KollegInnen, die über ihre Situation im Betrieb berichten. Wir werden weiter an dieser Sache dranbleiben.

Aktuell planen wir die überarbeitete 2. Auflage unserer »Boykottiert Ausbeuter-Kaffee«-Sonderausgabe. Dabei sind wir jedoch auf eine Kostenbeteiligung angewiesen. Wer diese vierseitige Zeitung verteilen möchte, schreibe uns bitte bald. 100 Exemplare sollen inklusive Porto 20 DM und 500 Expl. 75 DM kosten.

*Initiative für eine Freie Vereinigung Nahrungsmittel/Landwirtschaft in der FAU
(denn ein Bio-Syndikat allein reicht nicht mehr aus!); c/o FAU Hamburg*

¡BASTA!

Berlin-Brandenburger-BauarbeiterInnen-Blatt Sonderausgabe zum Streik in Schmannewitz, Sommer 1995

Die Kräne sind besetzt, die Baustelle ist blockiert, und nichts geht mehr. Es stimmt eben doch: Maschinen, die stillstehen, sind nichts weiter als ein Haufen Schrott! 50 000 Mark Verlust durch Nichtarbeit auf der Baustelle an einem einzigen Tag, jammert der Generalübernehmer. Und 217 000 Mark Verdienst für die Bauarbeiter, die für ihre Arbeit gar nichts kriegen sollten. Eigentlich ein Hammer, daß man auch noch für das kämpfen muß, was einem sowieso zusteht! Aber immerhin, die 40 Malocher aus Italien, die gekämpft haben, haben ihren Lohn bekommen; die, die vorher aufgegeben haben, sind leer ausgegangen. Entschlossenheit lohnt sich eben doch!

HINTERGRUND DES STREIKS:

EINE GANZ NORMALE BAUSTELLE...

Auf der Großbaustelle in Schmannewitz bei Leipzig werden zwei Kliniken gebaut, eine davon ist eine Rehabilitationsklinik für Orthopädie und Psychosomatik, deren Generalübernehmer die Dengg Projektbau GmbH ist. Die Bauarbeiterkolonnen, die hier arbeiten, sind nicht von Dengg direkt angestellt: Britische Arbeiter sind über einen holländischen Subunternehmer eingestellt, deutsche Kolonnen über die Firma Wolff & Müller, Arbeiter aus Portugal über portugiesische Subsups und so weiter. Die 40 Malocher aus Italien, die gestreikt und gewonnen haben, kamen aus Neapel, aus Bari, aus Sizilien, eingestellt von drei verschiedenen Subsubunternehmern.

Gearbeitet wird hier sechs Tage die Woche, 10 bis 12 Stunden am Tag. Wenige von den Arbeitern, die aus anderen Ländern kommen, bleiben länger als 2 Monate. Viele geben auf und treten ohne einen Pfennig in der Tasche die Heimreise an, wenn sie merken, daß es keinen Lohn gibt. Eine ganz normale Baustelle...

...MIT GANZ NORMALEM LOHNKLAU:

VORGESCHICHTE DES STREIKS

Als die Bauarbeiter aus Neapel vor drei Monaten auf die Baustelle kamen, hatten sie noch in Italien mit ihrem römischen Subsubunternehmer Stundenlöhne von 20 Mark vereinbart, in Schmannewitz wollte er nicht mal mehr 10 Mark zahlen. Die Lohnsumme, die das zwischengeschaltete Subunternehmen DOM von Wolff & Müller bekommt, gibt dieses nach Abzug von 30% für sich selbst an die Subsubunternehmer weiter. Da bleibt für die Arbeiter nicht viel übrig, selbst wenn der Lohn gezahlt wird. Für diesen Lohn jedenfalls wäre keiner der Arbeiter in die BRD gegangen!

Bis zum Streik war nicht einmal Lohn ausgezahlt worden, es gab immer nur Abschlüge, zum Beispiel 500 Mark für zwei Monate Arbeit. Den anderen Kolonnen, die von Subsubunternehmern aus Italien über DOM eingestellt waren, erging es nicht anders – von 200 Arbeitern waren nur noch 40 in Schmannewitz, als der Streik anfang. Die anderen sind ohne Lohn oder mit kleinen Abschlügen nach Italien zurückgefahren.

Im Mai 95 hatten die Malocher aus Neapel schon einen Streik vorbereitet, den sie gemeinsam mit den anderen italienischen Kolonnen machen wollten. Aber einen Tag, bevor es losgehen sollte, haben sieben von ihnen die Wut gekriegt und sind alleine ins DOM-Büro gegangen, um sofort den Lohn zu kriegen. Dort haben sie sich dann mit 700 Mark pro Nase abspesen lassen und sind zurück nach Italien gefahren. Damit war der Streik erstmal geplatzt. Danach sind die Kolonnen in nen Bummelstreik getreten und haben versucht, zu verhandeln.

Am 26. Mai verschwand dann der Subsubunternehmer der neapolitanischen Kolonne. DOM hatte schon kurz zuvor diesen Arbeitern angeboten, sie zu übernehmen, dabei allerdings wären ihre Arbeitsverträge für ungültig erklärt worden. Statt der Verträge auf Stundenbasis mit Nettolohn wollte DOM, auch rückwirkend, eine Art Festlohn zahlen, der nochmal erheblich niedriger war. Die Arbeiter begannen daraufhin, eine eigene Abrechnung zu machen, um sie Wolff & Müller direkt vorzulegen. Gleichzeitig haben sie einen Streik vorbereitet und UnterstützerInnen angesprochen.

Das Angebot von DOM drei Tage später belief sich dann auf nicht mal 2 Mark pro Mann und Stunde. Außerdem wurden die Arbeiter von DOM aufgefordert, »zu verschwinden«. Schon am nächsten Tag waren andere auf »ihren« Arbeitsplätzen. Nachdem sie denen die Lage erklärt hatten, haben die sich aber solidarisch erklärt und die Baustelle verlassen.

In dieser Situation der Streikvorbereitung fand dann am 31.5. eine Razzia auf der Baustelle statt: Ein Großaufgebot von Polizei, Arbeitsamt, Ausländerbehörde, Ordnungs- und Finanzamt überprüfte 4 Stunden lang alle Arbeiter auf der Reha-Baustelle. Ergebnis der Razzia: Alle 3 Kolonnen der italienischen Subsubunternehmer, insgesamt über 60 Bauarbeiter, wurden von der Baustelle geschmissen, weil die Firma DOM nicht ins internationale Handwerksregister eingetragen ist. Das waren die Hälfte aller Malocher auf dieser Baustelle. Klar lief an diesem Tag hier garnichts mehr außer dicker Luft und Diskussionen: Monatelang kein Lohn und dann Rausschmiß... Die Vertreter von Wolff & Müller und DOM wurden mit Forderungen unter Druck gesetzt. Wolff & Müller versuchte, die Lage zu entschärfen, die Firma »braucht Ruhe auf der Baustelle«: Sie erklärte sich bereit, einen Teil der Lohnforderungen direkt und in Eigenverantwortung an die Arbeiter auszuzahlen und löste den Vertrag mit DOM. Ein Angebot wurde für den nächsten Tag versprochen.

Daraufhin beschlossen die Arbeiter, die Wohncontainer zu besetzen und erstmal abzuwarten.

FINITO! BASTA! STREIK!

1.6.: An den Bauzäunen hängen Transparente in italienisch und deutsch; alle von der Razzia betroffenen Kolonnen sind an der Aktion beteiligt, die Stimmung ist immer noch »warten und verhandeln«; die Presse ist da, jede Menge UnterstützerInnen, überall stehen Grüppchen von Leuten rum und reden; deutsche Bauarbeiter reißen auf Anordnung eines Polier die Transparente ab und befördern sie in einen Müllcontainer, UnterstützerInnen hängen sie wieder auf, völlige Ignoranz und blöde Sprüche von deutschen »Kollegen«, aber Kolonnen aus anderen Ländern sind solidarisch. Presseerklärungen werden rausgegeben, Flugblätter verteilt; in Leipzig besetzen UnterstützerInnen das Büro

des Oberbürgermeisters im Rathaus...

Zwischen dem 1. und dem 8. Juni entscheiden sich nochmal 20 Malocher für die Abreise. Die Verhandlungen ziehen sich hin, bis am Abend des 7.6. Wolff & Müller ihr altes Angebot von 2 Mark pro Stunde wiederholt. Die Berechnung der Firma geht von 300 000 Mark Gesamtsumme aus, minus angeblich bereits geleistete Zahlungen an DOM, minus Nachzahlungen an die Krankenkasse, minus... bis am Schluß dieser Rechnung die Arbeiter noch froh sein sollen, daß sie nicht noch draufzahlen müssen für die Schuferei auf der Baustelle. Jedenfalls bringt dieses lächerliche Angebot das Faß zum überlaufen:

8.6.: Die Baustelle ist blockiert, drei von sieben Hochkränen sind besetzt, jetzt ist richtiger Druck da. Presse, Radio, Fernsehen sind da; wieder Verhandlungen, der italienische Konsul wird eingeschaltet und versucht abzuwiegeln, indem er den Malochern sagt, mehr als das Angebot vom Vortag sei nicht rauszuholen. Inzwischen macht Wolff & Müller das Angebot, den gelösten Vertrag mit DOM direkt an die drei italienischen Subsups überzuleiten. Die sind nun auch wieder aufgetaucht, nachdem sie über ne Woche als verschollen galten.

Nachmittags werden auch die anderen 4 Kräne besetzt. Wolff & Müller stellt Strafanzeige gegen die Malocher, weil sie »90 Arbeiter von Wolff & Müller nicht auf die Baustelle lassen«. Gegen 14 Uhr räumen Bullen die Bauzäune zur Seite und lassen Streikbrecher auf den Bauplatz. Der Konsul versucht mal wieder, die Arbeiter zum Abbruch der Besetzung zu bewegen. Jetzt gibt's ein Ultimatum: Wenn die Baustelle bis 17 Uhr nicht geräumt ist, »greift die Polizei durch«.

Zwei Gewerkschafter von der BSE erklären sich zunächst solidarisch und unterstützen die Besetzer; der Streik sei zwar nicht legal, aber anders sei eben nichts zu holen; nach nem Telefonat mit irgendeinem Funktionär erklären sie dann, daß die BSE sich nicht hinter den Streik stellen könne, weil er »illegal« sei.

Erst als Wolff & Müller im Beisein des italienischen Botschafters verspricht, am folgenden Tag den gesamten geforderten Lohn auszuzahlen, werden die Kräne freigegeben.

9.6.: Die Arbeiter bekommen den gesamten Lohn samt Überstundenbezahlung, wie gefordert auf Stundenlohnbasis von 20 Mark – und zwar von Wolff & Müller, wo der doch angeblich garnicht für sie zuständig ist! Aber nur die 40, die da geblieben sind und gestreikt haben, die anderen 160, die schon wieder in Italien waren, sind leer ausgegangen!

STREIKBRECHER, MERKT IHR EIGENTLICH NOCH WAS?

Die einzigen, die sich mit »ihrem Unternehmer« statt mit den Baustellenbesetzern solidarisiert haben, waren einige Bauarbeiter mit deutschen Pässen in der Tasche. Wenn es nicht so traurig wäre, hätte man sich kaputt lachen können:

Diese »Kollegen« haben den ganzen Tag über versucht, die Blockade der anderen zu durchbrechen, nachdem sie schon eine Woche zuvor die Transparente von den Bauzäunen gerissen hatten. Dabei hatten einige von ihnen mit anderen Firmen ähnliche Erfahrungen gemacht. Als dann abends klar war, daß der Kampf gewonnen war und die Besetzer die Kräne freigaben, hatten sie nichts besseres zu tun, als in die Führerhäuser

zu krabbeln und sich dort die Nacht um die Ohren zu schlagen. Kein neuer Streik, weit gefehlt. Sie wollten nur gewährleisten, daß auch ja am nächsten Morgen mit der Arbeit weitergemacht werden kann. Solche Knechte wünscht sich jeder Chef – na dann: Gute Nacht!

DIE NEUE ORDNUNG IN DER WELT DER BAUSTELLEN... WOZU RAZZIEN DA SIND

Die Großrazzia am 31.5. in Schmannewitz (übrigens die dritte ihrer Art seit November 94 auf dieser Baustelle!) ist nur ein Beispiel von vielen. Das Ergebnis ist immer dasselbe: ArbeiterInnen werden von der Baustelle vertrieben, ohne ihren Lohn zu sehen! (Oder: sie kämpfen!)

Entweder sie werden gleich in ihr Heimatland verfrachtet, weil sie selbst keine »gültigen Papiere« haben. Oder irgendeiner in der langen Kette der Subunternehmer erweist sich als »illegal«, die MalocherInnen kriegen Baustellenverbot, müssen beim Konsulat um das Geld für die Heimreise betteln und sich dann schleichen... Mehrere Monate umsonst geschuftet – Pech!

Für die ausführenden Firmen bedeuten Razzien, ne Menge Geld einzusparen: Sind die ArbeiterInnen erstmal in ihrem Heimatland, haben sie kaum noch Chancen, an ihr Geld zukommen. Der individuelle Weg der Klage vor Gericht zieht sich ewig hin und bringt selten was ein – außer Nerv und Streß.

Für den Generalübernehmer bedeuten Razzien, sich die Forderungen von ArbeiterInnen, die seine Baustelle hochziehen, vom Leibe zu halten, bevor die auf die Idee kommen, sie direkt an ihn zu richten – wie praktisch, das mittels Polizei, Arbeitsamt, AOK, Ordnungsamt und IG Bau Steine Erden bewerkstelligen zu lassen.

Für die öffentlichen und privaten Auftraggeber bedeuten Razzien, die Preise auch weiterhin niedrig halten zu können: Superbillige Subsub-unternehmer mit noch billigeren ArbeiterInnen – und von Zeit zu Zeit tauscht man die Arbeitskraft mittels Razzia aus, um sich neue, unverbrauchte ArbeiterInnen zu holen, die sich noch nicht auskennen mit bundesdeutschen Gepflogenheiten. Und deshalb auch nicht aufmucken, wenn der Lohn niedriger ist als erwartet, die Bedingungen beschissen sind und erstmal garkein Geld kommt...

Die IG BSE vertieft mit ihrer Unterstützung von Razzien die Spaltung zwischen den ArbeiterInnen, anstatt durch gemeinsame Kämpfe die Bedingungen für alle zu verbessern. Ihren mangelnden Einfluß gegenüber dem Bau-Kapital versucht sie mit der Forderung nach noch mehr Razzien wettzumachen. So gewinnt sie eine Kontrollfunktion und als Verhandlungspartnerin für die Unternehmer an Bedeutung.

Vor der Razzia in Schmannewitz gab es drei anonyme Anrufe. Wer hatte wohl so großes Interesse, sich die Arbeiter und ihre Forderungen vom Hals zu schaffen?

AUCH SONST NICHTS UNGEWÖHNLICHES IN SCHMANNEWITZ

– Nicht nur Wolff & Müller versucht, wie bei seinen anfänglichen »Angeboten«, ArbeiterInnen mit Löhnen von 2 Mark die Stunde abzuspeisen: Sozialhilfe-ZwangsarbeiterInnen bekommen 2 bis 3 Mark pro Stunde. Völlig illegalisierte ArbeiterInnen und Flüchtlinge, selbst »legale« osteuropäische BauarbeiterInnen, erhalten teilweise weniger als 5

Mark. Und dann die vielen, die durch Lohnbeschiß oder eben »Abschlagzahlungen« nur einen Bruchteil der versprochenen Gelder bekommen.

– Daß KollegInnen ihre Löhne nicht erhalten (sollen), geschieht tausendfach im Jahr. Mal ist es ein Unternehmen, das pleite geht, mal verdrückt sich eine Firma. Ansonsten sind es die Razzien, bei denen sich herausstellt, daß ein Subber in der Kette illegal ist, ein Unternehmen die Sozialabgaben für die Beschäftigten nicht gezahlt hat, oder daß die ArbeiterInnen selbst »illegal« malochen, um über die Runden zu kommen.

– Die 6-Tage-Woche der Kollegen aus Italien wird auf dem Bau immer mehr zum Regelfall. Bei der ausgeweiteten Montagearbeit ist sie gang und gäbe. Immer mehr »inländische« Montagekolonnen arbeiten unter diesen Bedingungen und »ausländische« ArbeiterInnen müssen monatelang derartig knüppeln. Bei illegalisierten KollegInnen gibt es manchmal sogar eine 7-Tage-Woche.

– Auch die 10 bis 12-Studentage sind immer mehr üblich. Der 8-Studentag, für den die MalocherInnen ein Jahrhundert lang gekämpft hatten, bevor er als Norm durchgesetzt war, ist auf dem Bau in Ostdeutschland zum Ausnahmefall für einige Großkonzern – »Stamm«belegschaften und HandwerkerInnen geworden. Oft wird sogar bis zu 15 Stunden geackert, so daß insgesamt 60, 70 oder gar 80 Stunden Maloche in der Woche anstehen.

– Als notwendige Folge einer derartigen Ausweitung der Arbeitszeit und der meist damit verbundenen Arbeitshetze passieren immer mehr Unfälle. Als die Kollegen aus Italien endlich ihren Lohn erhielten, fuhr gerade der Krankenwagen vor, um jemanden abzuholen, der auf der Baustelle mehrere Meter abgestürzt war und noch unter Schock stand. Die Todesrate hat sich allein in Berlin von 1991 bis 1994 verdreifacht. Der Bauboom schafft Tote und massenhaft Invaliden. Der »Aufschwung« wird so mit dem Leben und der Gesundheit unzähliger ArbeiterInnen bezahlt – insbesondere der »ausländischen«, die meist die miesesten Bedingungen haben.

– Ebenso sind die Baracken-unterkünfte zum »normalen« Quartier geworden. In Schmannewitz wohnten die Bauarbeiter aus Italien in Containern und Baracken, die von Wolff & Müller gestellt werden: kleine 5-6-Bett-Räume mit Doppelstockbetten aus Metall und ebensolchen Spinden, Tisch und Bänke gibt es nur in einigen Räumen, dazu 4 Duschen für über 60 Leute, zu denen man durch den Schlamm waten mußte, bis die Malocher sich selbst nen Gang dahin gebaut haben; kein Telefon, keine Einkaufsmöglichkeit, keine ärztliche Versorgung. Für drei Mahlzeiten pro Tag werden den Arbeitern 38 Mark pro Tag vom Lohn abgezogen.

Anderen ergeht es in den Sardinienbüchsen der Containerlager ganz ähnlich. Viele illegalisierte ArbeiterInnen kommen in Abbruchhäusern unter. Andere schlagen sich die Nächte in den »Läusepensionen« der Großstädte um die Ohren. Nur selten zahlen die Firmen für annehmbare Hotel- oder Bungalowunterkünfte. Und wer kann sich diese Preise schon vom eigenen Lohn leisten – oder schnell eine bezahlbare Wohnung anmieten? Oder mit einem Campingwagen unterwegs sein?

... UND DER WIDERSTAND DER ARBEITERINNEN

Während die Bauunternehmer in Deutschland bei den »einheimischen« ArbeiterInnen vor allem mit den alltäglichen Formen des Widerstands gegen den Streß wie Langsam-

arbeiten und einer hohen Krankenrate konfrontiert sind, haben die »ausländischen« KollegInnen in der letzten Zeit oft zu offensiveren Kampfformen gegriffen. Eine ganze Reihe Kolonnen aus Italien, Portugal, Großbritannien und Irland haben mit Baustellen- und Kranbesetzungen versucht, ihre Löhne durchzusetzen. Streiks gab es ebenso von Gruppen aus Polen, Ex-Jugoslawien, Spanien und Portugal. Einmal ging ein solcher Streik in einen Hungerstreik über. Wir haben in den letzten Jahren etwa 10 bis 20 derartig öffentlichkeitswirksame Aktionen mitbekommen. Aber da meist – wenn überhaupt – nur die Lokalpresse über solche selbstorganisierten Kämpfe berichtet, gab es wahrscheinlich eine ziffache Anzahl dieser Widerstandsaktionen. Meist verlaufen die Auseinandersetzungen jedoch untergründig. So haben wir nur einmal in der letzten Zeit von einer größeren Sabotageaktion gehört, als ein ganzer Dachstuhl zersägt wurde, nachdem Zimmerleute aus Irland ihre Löhne nicht bekommen hatten – Schaden: 350 000 DM. Insgesamt hat jedoch der »Pfus« in den letzten Jahren stark zugenommen. Die Baugewerkschaft spricht von einer Verdreifachung und die Regierung von einer Schadenssumme, die sich in einer ähnlichen Größenordnung bewegt, wie die Verluste durch Pleiten von Baufirmen. Manchmal sind ArbeiterInnen dazu übergegangen, sich direkt an ihren Chefs zu rächen. Neben Prügel für die Bosse gab es allein in Berlin in den letzten Jahren auch einige erschossene Bauunternehmer (inwieweit auch die Mafia manchmal ihre Finger im Spiel hatte, ist unklar).

WORAN MAN DENKEN SOLLTE, WENN MAN EINEN STREIK VORBEREITET

– Voraussetzung ist die gemeinsame Entschlossenheit, zusammenzuhalten und auch über einen längeren Zeitraum zu kämpfen;

– Man muß darüber reden und herausfinden, wie die Baustelle funktioniert, wo Schwachstellen sind, um auch mit geringen Kräften die Produktion lahmlegen zu können;

– Es ist wichtig, zu wissen, welche Firma auf der Baustelle die tatsächliche Leitung hat und wie sich die Unternehmerstruktur weiter nach unten gliedert. Am besten hält man sich an den Generalunternehmer, denn da werden die größten Gewinne gemacht und die Bedingungen für die nachgeordneten Firmen diktiert. Die Streiks der letzten Zeit waren nur dann vollständig erfolgreich, wenn der Generalunternehmer zahlen mußte.

– Um nicht isoliert dazustehen, ohne daß überhaupt jemand was mitkriegt vom Streik, muß man nach außen gehen: mit einem Flugblatt oder Transparenten über andere Baustellen ziehen, sich mit einer Presseerklärung an die Medien wenden oder einfach bei Zeitungen, Radios oder usw. anrufen. Solidarische Unterstützung kann man manchmal auch von klassenkämpferischen und linken Initiativen bekommen. Verlaßt euch nicht auf die offizielle Baugewerkschaft!

Vorsicht: Völlig illegalisierte ArbeiterInnen müssen immer im Kopf haben, daß bei offenen Aktionen höchstwahrscheinlich ziemlich fix Bullen und Ausländerbehörde, manchmal auch Botschaftsangehörige auftauchen!

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Wir sind eine kleine Gruppe, alle mit deutschem Paß, einige arbeiten im Bausektor. Wir denken, daß die BauarbeiterInnen eine wichtige Rolle in den kommenden Kämpfen

gegen den Kapitalismus in der Bauboom-Region Berlin/Brandenburg spielen können. Bisher drehen sich die Kämpfe um nicht gezahlte Löhne, Schlechtwettergeld und ähnliches, also um die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Dabei müßte es ja eigentlich um viel mehr gehen: darum, daß die Arbeit unsere Gesundheit ruiniert, der alltägliche Trott uns die Lebenslust raubt – und darum, wie wir das, was uns zerstört, zerstören und für ein anderes Leben kämpfen können. Wir brauchen selbstorganisierte und solidarische Strukturen. Wir müssen Spaltungen wie die nationalistische, rassistische, sexistische usw. überwinden. Wir schlagen den Aufbau eines ArbeiterInnenzentrums vor. Macht mit und bringt Energie und Ideen ein!

Schreibt... BASTA, c/o Infoladen Daneben, Liebigstr.34, 10247 Berlin

... oder kommt vorbei: Jeden 1. und 3. Montag im Monat von 19 bis 20 Uhr, Rigaer Straße 94, Vorderhaus, Erdgeschoß links (U-Bahnlinie 5: Rathaus Friedrichshain)

I Furiosi – Die Wütenden

Lesung von Balestrini in Hamburg

»Es gibt in Italien keine politischen Bewegungen mehr. Wenn sich Jugendliche zusammentun, dann auf dem Fußballplatz oder in Diskotheken. Die Diskotheken sagen mir wenig!«

Am 19. Oktober war Nanni Balestrini in Hamburg und hat aus seinem Buch »I Furiosi – Die Wütenden«, einem Roman über Fußballfans des AC Mailand, gelesen. Anwesend waren weniger Leute als zu erwarten: etwa 70-80. Dafür gab's ne lebendige Diskussion und gedauert hat die ganze Veranstaltung 3 1/4 Stunden. Vorangeschickt wurde ein halbstündiges Video, was Leute aus einem Centro Sociale in Cosenza/Kalabrien gemacht hatten, wo Balestrini auch zur Lesung war. Da wurden Szenen gezeigt von Milan-Fans im Stadion: Sprechchöre, Transparente, choreographische Inszenierungen (nicht so was langweiliges wie »La Ola«), Slapstick-mäßige Prügel Szenen (alte Männer mit Regenschirm), dazwischengeschnittene Szenen aus dem Film »Ultras« von Rico Tognazzi – einem Spielfilm über Fußballhooligans –, der von ihnen kritisiert und als Teil der Hetzkampagne gegen Fußballfans gesehen wurde, und zu den Szenen wurden Teile aus dem Roman gelesen, und es gab noch ein paar historische Beiträge über die Entstehung linker Fußballfanclubs Ende der 60er, die sich in ihren Namen auf Che Guevara oder die Roten Brigaden beriefen.

Danach folgte die Lesung, etwas mehr als ne Stunde, wobei zuerst Balestrini einen Absatz auf Italienisch und dann der Übersetzer Dario Azzellini auf Deutsch vorlas. Bei einigen Stellen wurde leicht gelacht, es hielt sich aber in Grenzen. Hinterher meinte Balestrini, daß die Reaktionen auf die slapstick-artigen Randal-Szenen völlig unterschiedlich gewesen seien: in Frankfurt wurde viel gelacht, in Bonn und Siegen lagen sie

fast am Boden und in Köln wäre das Publikum völlig versteinert und humorlos gewesen [und das in Köln? Das könnt ihr euch aber nicht bieten lassen!]

Dann ging die Diskussion los – ganze 1 3/4 Stunden, was wirklich selten ist für ne Lesung.

Die ersten Fragen natürlich, warum sich jetzt Balestrini für Fußball interessiere. Antwort: »Ich interessiere mich überhaupt nicht für Fußball. Was mich interessiert, sind die Rituale der Fußballfans!« »Warum interessieren Sie sich nicht für Fußball?« – Die Leute unter 30 siezten ihn alle, die älteren duzten ihn.

Der nächste Punkt war der Vorwurf der Verherrlichung der Gewalt, der Vorwurf der Sozialromantik. Balestrini entgegnete darauf, daß er die Gewalt der Fußballfans nicht verherrliche, sondern nur darstelle. Außerdem seien die wirklichen Gewalttaten sehr minoritär, alles reduziere sich größtenteils auf Drohgebärden und Imponiergehabe, was für ihn den besonderen epischen Charakter der Fanrituale ausmache. Die Jugendlichen seien in dieser Gesellschaft ständig Gewalt ausgesetzt, und ihn wundere es, daß sie nicht härter darauf reagierten. Eigentlich müßten sie ganze Städte niederbrennen! – Erstes Gemurmel im Saal. Frage von Autonomen von der Roten Flora: »Ja, gibt es denn dort keine Sozialarbeiter?« Balestrini verneint und meint: »Zum Glück nicht, denn die hätten ja nur Polizeifunktion.« Was denn passieren würde, wenn Sozialarbeiter sich der gewalttätigen Fußballfans annähmen. Balestrini: »Die würden im Krankenhaus landen!« Andererseits weist er auf eine Stelle in seinem Buch hin, wo es darum geht, daß einzelne Polizeikommissare Kontakt zu den Chefs verschiedener Fanclubs haben, sie mit einer Spezialeinheit zu allen Spielen begleiten und mit ihnen Deals abmachen: »Okay, ihr dürft euch austoben, aber treibt es nicht zu wild. Wenn etwas ernstes passiert, und der Kommissar der anderen Stadt sich bei mir beschwert, dann müßt ihr mir einen Schuldigen präsentieren.« »Okay, wir wissen schon, wen wir dir dann geben!«

Balestrini: »Offensichtlich üben die Polizeikommissare in Italien die Rolle aus, die in Deutschland die Sozialarbeiter ausüben.«

Nochmals Nachfrage von den Autonomen: In Italien mag das ja anders sein. Aber die Fußballfans in Deutschland sind alle rechts. Die überfallen nach den Spielen Flüchtlingsheime. Ob er denn auch einen Roman geschrieben hätte, wenn er rechte Fußballfans kennengelernt hätte? »Nein, denn die liebe ich ja nicht!« (Er hatte vorher auf Jean Genet angespielt, der mal gefragt wurde, warum er denke, daß die Palästinenser Recht hätten, und antwortete: »Weil ich sie liebe!«)

Nicht sehr überzeugend! Klingt etwas nach intellektueller Schwärmerei für Fußballfans, denen er sonst nicht im Dunkeln begegnen möchte. Aber andererseits regt mich das Sozialarbeitergeschwätz der Autonomen auf, und ich beschließe, mich mit ihm zu verbünden.

Balestrini berichtet über die Hetze gegen Fußballfans in Italien, und daß er die nicht mitmachen möchte. Er betont nochmals, daß er die Gewalt nur darstelle, sie nicht befürworte, sondern für ritualisiert halte, und es besser fände, wenn die Fans Städte niederbrennen würden. Eine Frau von der Flora wirft ein: »Aber Fußball ist doch Männersport!«. Ja, genau, und das sei es, was ihn besonders daran interessiere. Sie ziehen ins Stadion und bauen zwei kleine Armeen auf, die ritualisiert gegeneinander kämpfen. Das mache für ihn den besonderen Reiz aus, darüber einen Roman zu schreiben. Im

Grunde genommen sei die Hauptfigur von »Wir wollen alles« ja auch nur so ein männlicher Prahlhans gewesen, der aber gut die Situation darstelle. »Romane müssen nicht immer das Geschehen kommentieren, sondern stellen es einfach dar!«

Dann meldet sich nochmals einer der wenigen anwesenden St.Pauli-Fans zu Wort: »Ich gehe seit 5 Jahren zu St.Pauli und habe dort gesehen, daß man auch ohne Gewalt Spaß haben kann. Gewalt ist nicht nötig!«

Balestrini wiederholte nochmals, daß ihm auf dieser Diskussion viel zuviel über »Gewalt« geredet würde, aber nicht über die Ursachen der Gewalt. Das wäre eine Art, an Symptomen herumzudoktern, ohne die Ursache, diese Gesellschaft anzugreifen.

Diesselbe Frau aus der Flora: »Das klingt ja wie das, was die bürgerliche Presse immer über die Neonazis geschrieben hat? Immer diese Ursachensuche!« [Allgemeines Erstaunen, aber kein Kommentar]

Es stellte sich auf der Lesung ein wirkliches Generations- (vielleicht bei der Flora ein rein ideologisches) Problem dar: Wenn Balestrini davon redete, daß die Jugendlichen ganze Städte niederbrennen sollen, dann dachten die jüngeren wohl an Rostock und an Hooligans, Balestrini spielte aber eher auf die Siebziger Jahre an. Es ist eigentlich schon ne Katastrophe, wenn Leute bei »Gewalt« an Rechte denken, und dann den Staat verteidigen wollen. Das ist schon ein »Paradigmenwechsel« – würden manche Leute das nennen.

Doch hinterher erfuhr ich noch ne weitere Geschichte. Was ich nicht wußte: Die Veranstaltung hätte ursprünglich im St.Pauli-Fanladen stattfinden sollen. Alles war geplant. Die Lesung hätte sogar über den Stadionlautsprecher angekündigt werden sollen. Doch der Verlag ID-Archiv war dagegen. Diese Fußballfans waren ihnen dann doch politisch zu unzuverlässig. Sie hätten gehört, daß es Probleme gegeben hätte zwischen Leuten aus der Flora und dem Fanladen, und dann wollten sie doch lieber nichts mit ihnen zu tun haben.

Ne typisch halbherzige Haltung: zuerst ein Buch rausgeben über Fußballfans in Mailand, aber mit den Fußballfans in Hamburg nichts zu tun haben wollen – und die St.Pauli-Fans sind ja wirklich 150%ig politisch korrekt, im Vergleich zu den AC Mailand-Fans. Es wäre besser gewesen, das ID-Archiv hätte die Herausgabe des Buches einem anderen Verlag überlassen, der auch dazu stehen kann. Aber wahrscheinlich wollten sie sowohl die Kohle von den »Politisch Unkorrekten« abziehen, als es sich bei den »Politisch Korrekten« nicht verscherzen.

Der Kommentar von Balestrini dazu: »Das ist das alte Laster der Intellektuellen, daß für sie das soziale Subjekt schön, gut und wohlherzogen sein muß.«

P.S.: Damit kein Mißverständnis aufkommt: Die Leute aus der Roten Flora waren in der absoluten Minderheit, aber sie sind halt durch ihre dummen Fragen oder Bemerkungen besonders aufgefallen. Die Mehrheit der Anwesenden waren dem Roman gegenüber eher wohlwollend bis neugierig gestimmt, aber das hätte halt keine Diskussion ergeben. So war es ein Glück, daß ein paar Leute aus der Flora da waren, und Balestrini sich dann auch etwas ausführlicher zu seinem Roman äußern mußte, was ja auch nur von Vorteil war. ■

Impressionen einer Antifa-Demo

»Den Knoten zwischen Konservatismus und Faschismus zerschlagen!« – Die Parole der Antifaschistischen Aktion zur Mobilisierung gegen das Studienzentrum Weikersheim¹ will mir nicht aus dem Kopf gehn. Was die Antifas wohl damit meinen? Man will doch wohl nicht den Konservatismus vom lästigen Faschismus befreien. Also zumindest würde ich mir dann fehl am Platz vorkommen. Na, mal schau: ich verlasse mit den anderen GenossInnen aus F. den Zug. Vor dem Weikersheimer Bahnhof steht der personifizierte Antifaschismus: Auf der einen Seite der linksnationalistische SPD-Bürger mit einem Schild, das fragt: »Brauchen wir elitäre Dunkelmänner als nationale Vordenker?« – Brauchen wir überhaupt nationale Vordenker, frag ich mich und will den Schildträger genau das fragen, da kommt die andere Seite des Antifaschismus auf mich zu: eine Horde super-vermummter Antifa-Kids. Sie werden mir später wieder auffallen, sie sind es nämlich, die begeistert klatschen, als das Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der IG Medien, Werner Pfennig, voller Imbrunst brüllt: »Nein! Hier in Weikersheim haben sich über 1000 DEMOKRATEN versammelt, um mit diesem Spuk Schluss zu machen!«

Jetzt würde ich gerne mit dem Vertreter der Antifaschistischen Aktion Bundesweite Organisation diskutieren, forderte er in seinem Auftaktredebeitrag doch einen »revolutionären Antifaschismus«. Viel eher kommt es mir aber so vor, als wäre der Antifaschismus Bindeglied der Bündnisarbeit mit SPD/Grünen und Gewerkschaftsfunktionären. So musste sich auch niemand wundern, daß ein Grußwort der SPD-Bundestagsabgeordneten Brigitte Adler verlesen wurde – und wenigstens von einigen mit »Wer hat uns verraten – Sozialdemokraten« quittiert wurde.

Unser Spruch: »Gegen den Sozialabbau – Organisiert den Kaufhausklauf« wurde mit dem nicht unkomischen Spruch: »Umweltschützen: Rad benutzen« beantwortet und damit signalisiert, wie unpassend das Thema 'Aneignung gegen sozialen Angriff von oben' wohl auf einer Antifa-Demo sei. Na gut, denk ich mir, hörn ma mal zu, was der Lautsprecherwagen zu sagen hat: bei jedem kleineren Aufruf von »Weikersheimer Bürgerinnen und Bürger« wurde eben diesen mit populistischem Geschleime verkündet: »Liebe Bürgerinnen und Bürger. Dies ist kein Wanderausflug der Chaostage, wir führen hier eine POLITISCHE Demonstration gegen das.....«

Doch der Mehrzahl der Weikersheimer ist das Studienzentrum ziemlich egal, dem Wirt sind die regelmäßigen und gut zahlenden Gäste willkommen. Und die »Weikersheimer BürgerInnen«, die sich an der Demo beteiligten und denen von der VVN bis zur AABO Honig um den Bart geschmiert wurde, waren eine Handvoll Lehrerinnen und Sozialarbeiter und Vertreter der Kreisorganisationen von SPD und Grünen. Zum Abschied rammt mir der VVN-Genosse seine überdimensionale Deutschlandfahne mit VVN-BdA-Emblem beinahe in den Ranzen – und ich denke, es wird Zeit nach Hause zu gehen.

¹ Das Studienzentrum in Weikersheim wurde im Oktober 1979 vom Nazi und ehem. baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger gegründet. Es ist eine Plattform der neuen und alten Rechten und des braunen Randes der CDU. Geldsorgen muß der rechte think tank nicht haben, von Staat und Kapital fließt das Geld. Mercedes Benz zählt zu den regelmäßigen Spendern.

Der Antifaschismus der dummen Kerle

*Wer vom Kapitalismus nicht mehr reden will,
redet umso mehr über Faschismus.*

1. Der historische Diskurs

Der Faschismus gilt in der Linken als Ausnahmesituation, in der alle Mittel zur Bekämpfung der Nazis recht sind. In der Generation der »konkret«-Linken, ist diese Auffassung mit einem durchweg positiven Bezug auf die Anti-Hitler-Koalition, »die Alliierten«, die Befreier verbunden. Ihre Zivilisiertheit der westlichen Demokratien wird dem barbarischen Sonderweg der Deutschen entgegengestellt. Auschwitz wird zwar nicht als »asiatische Tat«, sondern als spezifisch deutsche gewertet (was auch stimmt), allerdings käme den Alliierten – laut »konkret«-Antifaschismus – nun eine zivilisatorische Rolle zu, als Besatzungsmacht sollen sie die Deutschen zu richtigen Menschen erziehen. »Ami stay here« war so auch die Aufforderung des »konkret«-Kolumnisten Hermann L. Gremliza, als nach dem Anschluß der DDR die BRD das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes reklamierte.

Gegenüber dem Schrecken des NS, gegenüber dem deutschen Mordkollektiv, dem sich nur vereinzelt einige wenige entgegenstellten, entdeckt ein Teil der Linken sein Herz für die »zivilisatorischen Standarts« der westlichen Zivilisationen. Selbst der zarte Hinweis auf die Kolonial-Verbrechen der angeblich zivilisierten Kolonialmächte wie Frankreich und England oder den strategischen, keinesfalls »antifaschistisch« motivierten Kriegseintritt der USA wird als deutsch-national entlarvt. Eine revolutionäre Bewertung des konterrevolutionären stalinistischen Projekts ist da schon gar nicht mehr möglich.

Um den 8.Mai und die Interventionen der sog. »Antideutschen« eskalierte diese Debatte vollständig. Selbst ein Bomber Harris wurde zum antifaschistischen Bündnispartner und seine Bewertung durch Autonome und andere Linksradikale für die »Antideutschen« zum deutsch-antideutschen Lackmus-Test. Es ist müßig nochmals darauf näher einzugehen, das geschah an anderer Stelle.

Doch die Argumentationsfigur »NS = völkische Bewegung = Barbarei; westliche Demokratien = zivilisatorisch« wird mittlerweile inflationär gebraucht. Joschka Fischer begründete den grünen Kriegskurs und das Ende des regierungshemmenden Pazifismus mit einem »serbischen Faschismus«, der nur mittels Nato-Bomber klein zu kriegen sei. Allein der Blick auf die anderen Kriegsparteien in Ex-Jugoslawien, z.B. auf die kroatischen Verbrechen in der Krajina zeigt, wie lächerlich der Faschismus-Vergleich ist. Die gleiche Argumentationsfigur half den Antifaschisten von »konkret« den Sprung in den intellektuellen Gefechtsstand gegen den Irak mit moralischer Hilfestellung hinzukriegen. Mal wieder sollte aus »falschen Gründen (= imperialistische Interessen), das richtige (= Niederringung eines faschistischen Kollektivs)« erwirkt werden.

Antifaschismus heißt demnach nicht mehr prinzipieller Kampf gegen Staat und Kapital, Antifaschismus bedeutet demnach nicht mehr die Zusammenhänge von Kapitalismus/Klassenkampf von oben und faschistischer Formierung aufzudecken und Konsequenz zu bekämpfen.

Sondern dieser Antifaschismus schießt nach den »Ausnahmesituationen«, um sich auf die Seite eines als demokratisch befundenen Staates zu stellen und um nach den imperialistischen Krisenlösern und »zivilisatorischen« Weltpolizisten zu rufen.

2. Antifa-Politik

Die bestorganisierteste antifaschistische Gruppe ist die Antifaschistische Aktion Bundesweite Organisation. Die versuchte Kriminalisierung der Antifa (M) aus Göttingen zeigt, daß sie durchaus dem Staat ein Dorn im Auge ist. Sie propagieren, daß sie »vom Antifaschismus zum Antiimperialismus« kommen wollen. Bislang konkretisiert sich das jedoch nur in der Diskussion mit ehem. RAF-Gefangenen und kontinuierlicher Arbeit zum Thema »Repression gegen antiimperialistische GenossInnen«.

Demonstrationen mit schwarzem Block und Ordnern, die verhindern, daß Steine fliegen und die AABO-Parole »Faschisten angreifen« von einigen in die Tat umgesetzt wird, gut organisierte Pressearbeit und Volksfrontbündnispolitik mit Gewerkschaftsfunktionären und SPD/Grünen-PolitikerInnen sind die Eckpfeiler der AABO-Politik. Antifa (M)-Vertreter erklärten auf einer Freiburger Veranstaltung, der Kampf gegen den staatlichen Anti-Antifaschismus und gegen Geschichtstrevisionismus sei daher wichtig, weil der Antifaschismus hier in diesem Land eine breite Basis hätte und bis ins bürgerliche Lager hinein Akzeptanz fände.

Ob sich dieser demokratische Antifaschismus jedoch in eine wie auch immer getarteten »Antiimperialismus« transformieren läßt? Wohl kaum!

Bedenklich ist auch das Selbstverständnis und die Geschichtsaneignung der AABO. AgitProp-Aktionen und geschichtliche Veranstaltungen und Ausstellungen zeigen den historischen Bezug der AABO auf die KPD der Weimarer Zeit.

Es ist ohnehin verwunderlich, daß vermehrt auf rote Fahnen, das Absingen der »Internationalen« und Embleme der kommunistischen Antifaschistischen Aktion bei Antifa-Gruppen zurückgegriffen wird. Im Berliner antifaschistischen Info herrscht eine durch die Bank positive Betrachtung der Sowjetunion vor.

Bezeichnenderweise wurde meines Wissens noch nie auf den Spanischen Bürgerkrieg und die dort kämpfende anarchistische und sozialrevolutionäre Bewegung eingegangen, die gegen den Faschismus UND für die soziale Revolution kämpfte. Denn im Laufe der Beschäftigung mit dem Spanischen Bürgerkrieg könnte die antifaschistische Maske des Stalinismus fallen, der die soziale Revolution opfert, um sich als Bündnispartner den bürgerlichen Staaten anzudienen – hinter dieser Maske steckt die konterrevolutionäre Fratze des Stalinismus.

Die Intervention der »Antideutschen« und »Antinationalen« in die autonome und linksradikale Bewegung ist gescheitert, der ohnehin kleine Zirkel hat sich z.T. zerstritten. Vielen der jungen antifaschistischen SchülerInnen und MalocherInnen ist der »Antinationalismus« der antideutschen Akademiker ohnehin zu abstrakt. Das ist eine Chance für eine kämpferische Perspektive gegen den Leistungsdruck und gegen die Arbeit(ssetze) und den selbstverständlichen Kampf gegen rassistische/faschistische Agitatoren.

hanne

Jugoslawien – Diskussion

Der folgende Text stammt aus einer Diskussionsrunde in Hamburg. Zunächst hatte ein Referent die Thesen aus dem Artikel in der Wildcat Nr. 63 vom April 1993 zusammengefaßt. Daran schloß sich ein Referat von Karl Heinz Roth an, das wir im folgenden abdrucken. Einige seiner Thesen werden sicher auf Kritik stoßen. Der Beitrag sollte also nicht so stehen bleiben, sondern er soll Anfang und Aufforderung für eine längst überfällige Debatte sein. Für das nächste Zirkular ist bereits eine kritische Erwiderung aus Hamburg angekündigt.

Beitrag von Karl Heinz Roth zu Jugoslawien:

Ich versuche einfach, anzuschließen und lasse zwei Drittel meines vorbereiteten Beitrages weg, weil ich glaube, daß der Ausgangspunkt, die Ausgangshypothese sehr wichtig und sehr tragfähig ist, nämlich daß sich in den 80er Jahren eine Konstellation entwickelt hatte, in der im Namen einer plötzlich wirklich von unten benutzten Arbeiterselbstverwaltung, die vorher eine Fiktion gewesen war, eine Konfrontation der Arbeiterautonomie gegen die Nomenklatura und gegen neue nationalistische Intelligenzia-Gruppen entstanden ist, und daß eine Gegenreaktion von dieser Seite im Innern eingesetzt hat, die in der Tat fraktionell die Ethnisierung dieses Klassenkonflikts betrieben hat. Und das – meine ich – ist entschieden festzuhalten: daß alle Parteiführer der Föderationsorganisationen des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens heute an der Spitze dieser Bewegungen stehen – in allen Ländern, daß alle auf eine Sezession gesetzt haben, auf eine Zerstörung des jugoslawischen Föderationsstaats – auch die Serben, auch die serbische, auch Milosevic hat eine großserbische Herrschaft über Jugoslawien angestrebt, und daß die Motivation dafür, neben der Umdrehung der Arbeiterautonomie, die Flucht aus den IWF-Auflagen war, das heißt, Jugoslawien war ökonomisch-politisch bankrott und die herrschenden Eliten, die Funktionseliten der Nomenklatura, also der Kommunisten, haben sich zusammen mit einer neuen neofaschistischen Intelligenzia zusammengetan, um ein regionalistisches Lösungsmodell durchzusetzen, das sie auf der einen Seite in die Lage versetzt, die Klassenkonflikte in den jeweiligen Regionen unter ihre Kontrolle zu bringen, und auf der anderen Seite, aus dem unlösbar gewordenen Dilemma der Weltmarkt-konstellation, der Diktatur des Finanzkapitals rauszukommen. Davon gehe ich also aus, und ich möchte jetzt ergänzend etwas über die äußeren Interventionsfaktoren sagen, als erster Punkt. Danach will ich Hypothesen formulieren über die Verantwortlichen an dieser grausamen Transformation eines Klassenkonflikts in einen Nationalitätenkrieg, und am Ende etwas sagen über unsere Probleme und unser Dilemma im Umgang mit der Situation.

1. Die äußere Intervention ist ganz eindeutig – das ist inzwischen völlig evident geworden – ab der zweiten Hälfte des Jahres 1991 koordiniert von der BRD und Österreich in Gang gebracht worden. Die westdeutsche Außenpolitik ist vorgeprescht und hat die internationale Anerkennung der Sezessionsregimes betrieben, die am ehesten für eine

rasche Integration in die EU in Frage kamen, nämlich für die am weitesten entwickelten Sezessionisten Slowenien und Kroatien, dann Bosnien-Herzegowina, und schließlich auch Mazedonien. Dadurch wurden die Serben in diesen secessionistischen Regionen als Staatsvolk praktisch zu ausländischen ethnischen Minderheiten transformiert, und damit ist genau diese Umdrehung, die gerade beschrieben worden war, bewerkstelligt worden. Es gab also einen ganz eindeutigen Einfluß von außen, der diesen Prozeß, der ganz aus der inneren Konstellation, aus der inneren Konfliktkonstellation zu erklären ist, dann beschleunigt und zum Durchbruch gebracht hat. Jugoslawien ist seit 1991/92 Spielball der Mächte. Slowenien und Kroatien sind Teil des DM-Blocks geworden. Bosnien-Herzegowina ist das Faustpfand der USA, die in einem Doppelspiel mit den arabischen Despoten und der Türkei sich dort engagieren, um den islamischen Fundamentalismus im Nahen und Mittleren Osten unter Kontrolle zu behalten. Das ist ihre Rolle. England, zweimal Bündnispartner Serbiens, und vor allem Frankreich, sind zunehmend in die Defensive geraten. Vor allem Frankreich hat zunächst sehr stark gegen die westdeutsche Politik opponiert, weil es eine Reaktivierung, eine Ausbreitung des Islamismus befürchtet, und damit ja in der Konfrontation mit der Entwicklung in Algerien ganz entscheidende Probleme hat. Rußland – das nach-sowjetische Rußland – hat zunächst ein Bündnis mit den Serben und den krajinischen Serben geschlossen, und das dann doch sehr stark unter dem internationalen Druck revidiert und sich angepaßt. Für diese internationale Konstellation scheint mir wichtig, daß wir uns klar machen, daß es sich um einen Rückfall hinter den Status Quo der Pariser Vorort-Verträge, also der Versailler Verträge, aus denen heraus damals Jugoslawien entstanden ist, handelt, und in gewisser Weise sogar noch in die Zeit vor dem 1. Weltkrieg. Das Ziel der internationalen Friedenspläne ist sozusagen der Vollzug der aus der inneren Strategie der Ethnisierung des Sozialen entwickelten Politik, nämlich, eine ethnisch gesäuberte Konföderation nach einer Gründung einer Union Bosnien-Herzegowina mit drei Kantonen durchzusetzen. Dieses Programm eliminiert die Möglichkeit, nationale, d.h. in sich stabilisierungsfähige Volkswirtschaften wiederaufzubauen. Es ist ein Programm der wirtschaftspolitischen Zonierung und der Hierarchisierung in einem deregulierten Weltsystem, und dabei haben die USA die Schlüsselrolle inne, und als Juniorpartner schiebt sich unzweideutig der DM-Block immer stärker als Kern der europäischen Neuordnung vor. Die EU-Integration Slowenien und Kroatiens ist offensichtlich Ausgangspunkt für ein ganz langfristig angelegtes südosteuropäisches Destabilisierungsprogramm. Und die aus dem Verfall Jugoslawiens hervorgegangene Ethnisierung der Klassenkämpfe hat ihre internationalen Weihen durch die UN- und die NATO-Intervention erfahren. Das klingt, weil wir das wochen- und monatelang mitverfolgt haben, zunächst mehr oder weniger als ein Fakt, und wir zucken mit den Schultern, aber es ist eigentlich eine Ungeheuerlichkeit, wenn man diese Ethnisierungsstrategie, die aus dem Inneren gekommen ist, genau verfolgt und ihre Entsprechung in den internationalen Plänen von Stoltenberg/Owen bis heute Holbrooke untersucht, dann kommt Mensch zu dem Ergebnis, daß die internationalen politischen Institutionen ethnische Flurbereinigung als Konzept der neuen Weltordnung akzeptiert haben. Und das ist – wenn das stimmt: ich sage das hier als Hypothese, und wir müssen das alles auch erst noch beweisen – das ist von außerordentlicher Tragweite.

2. Zweite Ergänzung: Ich möchte kurz etwas zusammenfassend sagen über die Verantwortlichen des Krieges.

Die wichtigsten Verantwortlichen sind die Führungseliten der jugoslawischen Kriegsparteien. Sie sind von einem gescheiterten sozialistisch-etatistischen Integrationsmodell der nachholenden Entwicklung zu einem Programm der regionalistischen völkischen Wiedergeburt der ehemaligen Teilrepubliken fortgeschritten. Dabei geht es um klare, nackte Machtpolitik, um Boden, Infrastruktur, Wirtschaftspotential, und das natürlich im Kontext der Befriedung und der Umdrehung des Klassenkonflikts auf diesen regionalisierten Ebenen. Diese Machtpolitik wird legitimiert durch einen ausgeprägten völkischen Faschismus. Beispielsweise Tudjman und die HDZ, also die Kroatische Demokratische Bewegung und die Neo-Ustaschas haben in den letzten Jahren propagiert eine klare Anbindung an die Tradition des kroatischen Ustascha-Staates, der 1941 von den Nazis etabliert worden war. Sie haben – selbst Tudjman persönlich in seinen letzten Schriften seit 89 – die Massenvernichtung der Juden gerechtfertigt, sie haben davon gesprochen, daß der europäische Großraum der Nazis durch Judenvernichtung und Revision der »britisch-französischen Sünde von Versailles« gerechtfertigt sei, und das wohlgermerkt ein Mann, der in den 60er Jahren Direktor des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung Kroatiens war, im ZK der Kroatischen Föderationspartei der führende Intellektuelle war, und der einige der bedeutendsten Arbeiten und Untersuchungen, auf internationalen Tagungen, über den jugoslawischen Volksbefreiungskrieg geleitet und verfaßt hat. Die Entwicklung dieses Mannes ist wirklich abenteuerlich, und ich sammle seit einiger Zeit Material. Ich glaube, daß über die Entwicklung dieser Biographie sehr vieles klar werden kann, was hier eigentlich abläuft. Tudjman hat auch noch zuletzt behauptet, daß Serbien in jeder Hinsicht eingedämmt werden müsste, weil es als Akteur der internationalen jüdischen Lobby arbeite.

Dagegen die nationalistische Bewegung DEMOS in Slowenien. Sie hat den Reformkommunismus, der in Slowenien und teilweise auch in Kroatien ziemlich seriöse Reformprogramme entwickelt hatte, mit einem Konzept der Volkstumspolitik und einer neoliberalen Deregulierung ausgeschaltet. In Serbien hat Milosevic seit 1986 ein Bündnis zwischen Neo-Stalinismus in der Armee und im sicherheitspolizeilichen Apparat mit dem gesamten Spektrum des bürgerlichen Nationalismus und der neofaschistischen Tschetniks durchgesetzt. Und Milosevic hat praktisch in der Gegenentsprechung zu Tudjman auf die alten großserbischen nationalistischen Programme, die seit der zweiten Hälfte des 19.Jhds. entwickelt worden waren, zurückgegriffen und 1988, dem Jahrestag der Gründung Jugoslawiens vom Dezember 1918, explizit den Verfassungsbruch von 1921, mit dem der großserbische Nationalismus die jugoslawische Konstruktion schon zerstört hatte, als notwendig gerechtfertigt, und auch den Militärputsch von 1929, der das ganze verschärft hat.

Es gibt also keine Gruppierung, in diesem Kontext, die aus einer substantiellen Kritik auszunehmen wäre, und damit gibt es auch für uns keinerlei Möglichkeit, an irgendeinem Punkt mit diesen neofaschistischen Bündnisstrukturen der Nomenklatura, der ehemaligen jugoslawischen KP zusammenzuarbeiten.

Der zweite Hauptschuldige, der zweite Hauptverantwortliche ist das internationale Finanzkapital, das konkret faßbar gemacht werden kann: einmal über IWF und Weltbank, zum anderen über die Umschuldungskredite und die dabei aktiv gewesenen Ban-

ken und Kapitalgruppen. Dazu ist schon einiges gesagt worden. Ich möchte nur ergänzend sagen, daß die Verschuldung, die zuletzt 30 Mrd. Dollar betragen hat, Umschuldungsabkommen ermöglicht hat, die immer weitergehende strukturelle Eingriffe zur Folge hatten, um dann den Klassenkonflikt durch eine Austeritätspolitik niederzuschlagen. Die ganzen ökonomischen Folgen lasse ich hier weg. Es ist aber immerhin wichtig, festzuhalten, daß schon 1982/83 der Schuldendienst der jugoslawischen Föderation, also der Bundesregierung, gegenüber den Gläubigern 80% aller Exporterlöse, die in konvertibler Währung, also in einer Währung, mit denen die was anfangen konnten, betroffen hat. Das heißt also, die Umschaltung des Systems von 82/83 auf Export um jeden Preis, auf Importrestriktion, auf Lohnstopp und Lohnsenkung, hat tatsächlich die strukturelle Krise verschärft, und zwar unter dem Diktat von IMF, Weltbank und vor allem internationalen Bankgruppen aus England. Damals war eigentlich – ich hab das nochmals nachgelesen in den letzten Tagen in der internationalen wirtschafts- und finanzwissenschaftlichen Literatur – damals war schon klar, daß dieses Austeritätsprogramm nicht realisiert werden kann. Und daß damit eigentlich ein Kollaps programmiert war. Die internationalen Hauptverantwortlichen sind diese hier: sind in der Tat die Finanzgruppen, die konkret faßbar sind, und über die wir auch noch genauer arbeiten müßten. Und dann kommt natürlich der dritte Faktor, der sozusagen im Hintergrund dieser internationalen Konstellation agiert und das dreckige Geschäft der IMF und vor allem auch Thatcher, also den englischen Großbanken überläßt. Das ist in der Tat die BRD. Und es gibt eine Vorgeschichte der Sezessionsoffensive von Slowenien und Kroatien, die ihrerseits ja nur eine Reaktion auf den serbischen Großchauvinismus war, die in der BRD gezimmert, zumindest mitgezimmert worden ist. Es gibt in der BRD seit Ende der 70er Jahre eine sehr starke politische Strömung in Süddeutschland und in Österreich, die den Begriff des Selbstbestimmungsrechtes der Nation, der Völker in ein ethnisches Volksgruppenrecht umdefiniert hat, und die in Verhandlungen seit Anfang der 80er Jahre mit den Föderationensführern der jeweiligen KP's – also vor allem Sloweniens und dann Kroatiens, Versprechungen gemacht hat auf ökonomische Wiederaufbauhilfe im Falle einer Sezession und nach der Sezession. Und diese Institutionen sind faßbar zu machen: Das ist einmal die Hans-Seidel-Stiftung in München, das ist die Parteistiftung der CSU, und zwar ihre Akademie für Politik und Zeitgeschichte. Das ist die Karl-Friedrich-Siemens-Stiftung in München, und das ist ein 77 gegründetes Internationales Institut für Nationalitätenrecht und Regionalismus, ebenfalls in München. In diesem Kontext agieren seit Anfang der 80er Jahre, also genau seit Beginn der Strukturkrise, alte Nazis, wie z.B. Hermann Raschhofer oder Heinz Gloss, die in der Volkstumsdebatte des Nazismus eine wichtige Rolle gespielt haben, mit sogenannten europäischen Föderalisten, nämlich Otto von Habsburg. Otto von Habsburgs Hautprotegée ist wiederum Franjo Tudjman. Und Tudjman konnte wiederum seine Schriften – er hat sich seit 1971/72 vom Titoismus abgesetzt, vom jugoslawischen sozialistischen Modell – vor allem in den USA publizieren, sogar im Verlag der Columbia University. Es gibt da noch eine ganze Gruppierung von anderen Politikern, z.B. Caspar Schrenk-Notzing, Kritikon, eine Zeitschriftengruppe ETHNOS usw. Es handelt sich um eine Machtgruppe, die die CSU in der Hand hat, und die gleichzeitig mit der Propaganda des Volksgruppenrechts, das dann genau in Jugoslawien sozusagen experimentell zum ersten Mal umgesetzt wurde, ganz weit in die UN-Institutionen seit Ende der 70er Jahre eingedrungen ist. Das Ziel ist also, kombiniert

mit einer Politik des Volksgruppenrechts, Jugoslawien zu zerschlagen und eine zonale und hierarchisierte neue Verwertungsordnung für den DM-Block durchzusetzen und dabei die Führungseliten, die sich dabei herausgebildet haben, unter ihre Kontrolle zu bringen. Nebenziel ist natürlich die militärische Präsenz und der Ausbau der militärischen Präsenz der BRD, vor allem aber natürlich endlich eine Dominanz in den internationalen Einsatzgruppen, wobei aber – ich betone –, daß meines Erachtens es sich dabei um Nebenziele handelt. Die Tornados sollen über Jugoslawien fliegen und möglichst auch irgendwelche Laserraketen schmeissen, aber das gilt nur zur Arrondierung des DM-Blocks. Der BRD-Imperialismus ist – im Gegensatz zu 1941 – extrem ökonomisch potent. 1941 hatte er nur seine militärische Macht. Heute hat er ökonomisches Potential und er hat ein außerordentlich weit entwickeltes kultur-imperialistisches Potential der ethnischen Sezession – ich hab das hier nur angedeutet – entwickelt, und hat genau da in diesem Bereich auch eine führende Rolle inzwischen erreicht. Ich meine also, daß seit Juni 91 eine seit längerem laufende, geheime, sozusagen parallele Nebenstrategie des BRD-Imperialismus und der deutschen Außenpolitik sichtbar geworden ist, nämlich ethnische Destabilisierung – der Verein für das Deutschtum im Ausland ist ja auch vor allem in Osteuropa aktiv – als Waffe zur Eroberung und Erweiterung von Markt- und Expansionsanteilen einzusetzen. Seit 92/93 ziehen die EU, USA und selbst Rußland laufend nach. Ich hab das vorhin schon angedeutet, wie ich diese verschiedenen internationalen Pläne einschätze, und Jugoslawien ist in der Tat zu einem Testfall geworden für den Versuch, die internationale Deregulierung und Neuordnung der Einflußsphären des Imperialismus über die Dekomposition der klassischen Staats-Nation voranzutreiben in Ost- und Südosteuropa. Und das ist eine außerordentlich brisante Entwicklung. Und ich glaube, daß gerade, wenn wir jetzt versuchen, das, was bisher gesagt wurde, zusammen zusehen, der strategische Ansatz der Ethnisierung von Klassenkonflikten plötzlich eine internationale Dimension gewinnt, wo lokale oder regionale Untersuchungen plötzlich zeigen, daß es sich gerade in den am weitesten vorangetriebenen und am grauenhaftesten entwickelten Konflikt-Konstellationen um Experimente handelt, die mehr Bedeutung haben, als nur Jugoslawien zu destabilisieren und neu zu ordnen.

3. Damit stellt sich natürlich mit einer Härte die Frage nach einer Alternativstrategie für Sozialrevolutionäre. Perspektiven, die, wenn ich an meine eigene politische Biographie denke, durchaus die existenziellen Erschütterungen erreicht, die wir damals 65/66 erlitten haben im Indochina-Krieg der USA. Aber im Gegensatz zu damals gibt es keine Bündnispartner, es gibt keine Befreiungsbewegung, der Zusammenhang von nationaler Befreiungsbewegung und sozialrevolutionärer Emanzipation ist zerbrochen, es gibt ihn nicht mehr. Und wir stehen also mit einer gewissen Trauer und einer zunehmenden Bewunderung vor der Größe dieses Schlossers Josip Broz Tito, der es 1941 zusammen mit einer Gruppe von ungefähr 100 Genossinnen und Genossen geschafft hat, im Juni-/Juli 41, eine Konstellation herzustellen, wo antifaschistischer Kampf und nationale Befreiung eine völlig andere Dimension bekommen haben, weil nationale Befreiung bedeutet hat, daß alle Ethnien des gerade von den Nazis und von Italien zerstückelten Jugoslawiens nach dem Krieg in einer völlig gleichberechtigten sozialistischen Föderation integriert werden sollen. Und was heute besonders hervorzuheben ist, das ist die

Tatsache, daß diese Pläne, die seit 1942/43 ja dann im Antifaschistischen Befreiungsrat als Befreiungsprogramm auch durchgesetzt worden sind, und die die Grundlage für die jugoslawische Föderation gebildet haben, verbunden waren mit Strategien zu einer anti-imperialistische Donau- oder Balkan-Föderation, und daß diese strategische Orientierung von damals im Zusammenspiel von Churchill und Stalin zerstört worden ist. Es stellt sich also die Frage, inwieweit die Entwicklung, einmal die Strukturkrise von 1980/81 und der Umschlag dieser Strukturkrise in einen Nationalitätenkrieg 1990/91 genau die Voraussetzungen des Frühjahrs 1941 wieder geschaffen hat, wo Jugoslawien unter der militärischen Gewalt des Nazismus und Italiens zerstückelt wurde. Nur: Der äußere Aggressor spielt eine wesentlich untergeordnete Rolle. Der äußere Aggressor hat einen Prozeß beschleunigt, der aus dem Inneren entstanden ist und der – und das ist das Furchtbare – aus dem Erbe der titoistischen kommunistischen Tradition im wesentlichen produziert worden ist. Das sind eigentlich furchtbare Dimensionen, und ich diskutiere hin und wieder mit einigen jugoslawischen Arbeitern und Arbeiterinnen, die sich immer noch als jugoslawische Kommunisten fühlen, die hier leben, die auch nur von ihrem Jugoslawien sprechen, und die Perspektive, die sich ergeben könnte, wäre in der Tat, genau dort anzusetzen, also: Wiederherstellung einer jugoslawischen Föderation, viel stärkere Betonung eines anti-imperialistischen, gegen die EU gerichteten Blocks, und noch stärkere Betonung des internationalen Kontextes, weil der entscheidende Durchbruch zum Nationalitätenkrieg in der Tat durch das internationale Finanzkapital, das die Wirtschaft zum Kollaps getrieben hat, mit verantwortlich ist. Damit stehen wir natürlich vor dem Dilemma eines Maximalismus, das schlimmer nicht sein kann, weil die Tradition, aus dem die heutige Katastrophe entstanden ist, absolut diskreditiert ist, weil aber andererseits alles, was wir unterhalb einer solchen Perspektive diskutieren, letztlich nur die Verschlimmerung der Barbarei – und das wird weitergehen, diese ethnische Zonierung wird lange Jahre weitergehen – nur mitbetreibt.

Was können wir, nach Lage der Dinge, überhaupt real tun?

Ich glaube, daß bei aller Trauer und auch bei allem Entsetzen über die Entwicklung, die Analyse und die Verbreitung dieser Analyse große Bedeutung hat. Das Ergebnis meiner Hypothesen ist, daß eine – wie auch immer – gerichtete Parteinahme für eine der kriegsführenden Fraktionen nicht möglich ist, daß es völlig aberwitzig wäre und oberflächlich, auf die immer deutlicher werdende Parteinahme der ehemaligen Linken zugunsten Bosniens – und im Hinterkopf Kroatiens – sozusagen mit einer pro-serbischen Perspektive oder Kampagne zu antworten. Wir müssen also viel tiefer gehen. Wir müssen davon ausgehen, daß der ethnische Nationalismus den Zusammenhang von nationaler Befreiung und sozialer Revolution unwiderruflich zerstört hat, und daß von daher ganz andere Ausgangspositionen gefunden werden müssen. Zweite Hauptaufgabe für uns hier ist natürlich die Aufdeckung der Hintergründe und der Ziele der deutschen Aggression, und dabei aber nicht mit Parolen oder mit Worthülsen, sondern wir müssen ganz konkret Roß und Reiter benennen. Ich habe also einige Sachen der Hans-Seidel-Stiftung gesehen, und ich muß sagen, es wird vielleicht doch Zeit, das eine oder andere davon zu publizieren, und auch Untersuchungen darüber zu betreiben und das publik zu machen und auch politisch umzusetzen, weil hier konkrete Destabilisierungsstrategien nachweisbar sind, die seit Anfang der 80er Jahre produziert wurden, und deren Resultat vor uns

steht. Und diese Institutionen in München – und München ist ja auch das Zentrum eines riesigen sicherheitspolizeilichen und nachrichtendienstlichen Apparates – diese Institutionen müssen wir uns genauer vornehmen, weil sie sich voll in Machtpolitik übersetzen, und weil sie vor allem im UN-Kontext eine unglaubliche Rolle spielen. Ich meine drittens, daß wir positiv nach Oppositionsströmungen in Jugoslawien suchen müssen, immer wieder suchen müssen, daß wir, wo immer wir können, sie publizistisch, materiell unterstützen, und daß wir, in diesem Kontext, natürlich vor allem auch eine Diskussion mitvorantreiben, die so etwas wie eine neue Widerstandsperspektive anstrebt, und diese Widerstandsperspektive dann genau an diesem Experimentierfall thematisiert. Aber wie das geschehen soll, das werden wir erst nach einer sehr langen Debatte, nach sehr langen Klärungsprozessen, in Gang bringen können, und ich glaube, daß der Umschlag in die Barbarei, der faßbar ist, den wir analysieren können, der überhaupt nichts abstraktes darstellt, daß dieser Umschlag in die Barbarei uns eigentlich zwingt, zunächst mal hier bei uns selber nach neuen Ansatzpunkten zu suchen, um so etwas wie eine neue sozialistische Perspektive zu finden. ■

Raum für kritische Anmerkungen:

-> Einsenden an Zirkular-Redaktion Ost!

Zwischen Chip und Satellit

Karten, Kontrolle, Computer – die digitale Enteignung

Die 90er Jahre rasen dahin. Eine Modernisierung jagt die andere, technologisch wie gesellschaftlich. Jede Neuerung reißt soziale Bindungen auseinander und schleudert zentrifugal Menschen zum alten Eisen. In immer schnelleren elektronischen Netzen wird »virtuell« kommuniziert und schweißfrei Arbeit »simuliert«. Währenddessen wächst mitten in den zusammenrückenden *global cities* wie Tokyo, L.A. oder Frankfurt – und erst recht in den drumherum gelagerten Peripherien – das ganz handgreifliche Elend.

(Der Text ist im Januar 1995 in Göttingen erschienen. Er setzt gewissermaßen den Artikel "Gewaltmonopol zu verkaufen. Polizei, Private Sicherheitsdienste und die Differenzierung der Inneren Sicherheit" fort.)

Der gegenwärtige technologische Angriff ist ungeheuer vielfältig, ja verwirrend. Was hat die gerade jetzt im Januar lancierte »Asyl-Card« mit der ollen Volkszählung von '87 zu tun? Warum sollen Pentagon-Satelliten und Autobahn-Maut zusammenhängen? Greifen wir einige wenige Entwicklungen aus dem ganzen Techno-Wust heraus. Auch wenn wir von technologischem Fachwissen ziemlich unbeleckt sind, allein die Tageszeitungen verraten genug.

„Asyl-Card“

Das Bundesinnenministerium will jedem und jeder Asylsuchenden eine Chipkarte verpassen, auf der alle, aber auch wirklich alle anfallenden persönlichen Daten maschinenlesbar gespeichert werden können. Es soll absoluter Kartenzwang bestehen: »Kein Antrag auf Asyl ohne erkennungsdienstliche Behandlung, ohne erkennungsdienstliche Behandlung keine Asyl-Card, ohne Asyl-Card keine Leistungen« (FR, 5.1.95).

Damit werden Asylsuchende als erste der totalen informationellen Kontrolle unterworfen, die ansonsten noch immer behutsam geleugnet wird. Die Vorleistung dazu erbrachten die Parteien 1993, als sie mit der faktischen Abschaffung des Asylrechts den Rechtsanspruch zu einem Leistungsantrag umformulierten. In bester neoliberaler Manier betrachtet sich das BMI als nobles Service-Unternehmen und die Asylsuchenden als KundInnen. Wer nun als unbotmäßige KundIn taxiert wird, kriegt nichts mehr. Und wer gar keine KundInnenkarte hat, kann nur illegal leben.

Mit der »Asyl-Card« läßt die Dienstleistungs-Ideologie die Maske fallen. Die Karte nutzt dem Betreiber, er ist der eigentliche Benutzer. Diejenigen, auf deren Name die Karte ausgestellt ist, sind abhängig von ihr und einseitig von oben durch sie kontrollierbar.

Es ist kein Zufall, daß gerade Flüchtlinge diesem schrittmachenden technologischen Kontrollangriff unterworfen werden sollen. Denn dieser rückt von den Rändern der Gesellschaft her vor und wälzt sich erst einmal über die Marginalisierten mit der geringsten Hausmacht hinweg. Die Übertragung auf andere Gruppen folgt auf den Fuß. So hat

die Kürzung der Sozialhilfe für Asylsuchende 1993 die Einheitlichkeit des Sozialhilfe-Anspruchs zerschlagen, sodaß künftig auch Sozi-EmpfängerInnen mit deutschem Ausweis zu 80%-, 70%- oder noch geringer Berechtigten deklariert werden können. Asylsuchende sind seit letztem Jahr auch Objekt des *Automatisierten Finger-Abdruck-Identifizierungs-Systems* (AFIS) beim BKA, der ersten Polizei-Datei, die nicht mal mehr eine formale Unrechtsvermutung als Grundlage der Erfassung braucht (und bereits seit den 50er Jahren wird mit dem *Ausländerzentralregister* die administrative Totalerfassung betrieben). Fingerabdrücke sind selbstverständlich auch Bestandteil der projektierten »Asyl-Card«. Und ausdrücklich weist das Innenministerium darauf hin, daß die Nutzungsmöglichkeiten der Karte noch nicht mal abschließend benannt sind.

Satelliten-Kommunikation

Navsat ist ein Verbund aus fast zwei Dutzend geostationärer Satelliten des Pentagons, der zur dreidimensionalen Ortung, Navigation und Lenkung von Waffen aller Waffengattungen, z.B. auch von Marschflugkörpern, dient. Das damit arbeitende *General Positioning System* (GPS) überwand vor wenigen Jahren die No-Profit-Phasen der Forschung und Erprobung und wurde prompt kommerzialisiert. Zivile Luftfahrt, Handelsschifffahrt, Kommunikationsindustrie und Luxustourismus boten einen ständig wachsenden Markt. Heute ist GPS ein typisches *dual use*-Produkt: Womit die US-Marschflugkörper im Zweiten Golfkrieg die irakischen Ziele ihrer »chirurgischen Schnitte« fanden, bestückt auch den Rucksack von Extrem-BergsteigerInnen, das Armaturenbrett mancher *just in time*-LKW-FahrerIn und wird sogar auf den Einsatz in Funktaxis hin geprüft. Auch topographische und geologische Kartierung wird mittlerweile über Satellit betrieben, Bodenschätze exploriert, landwirtschaftlicher Anbau überwacht und so weiter.

Satellitentechnik ist eine exklusive Angelegenheit. Sie ist zu teuer und aufwendig für Hinz und Kunz oder eben irgendeinen x-beliebigen Trikont-Staat. So rasch, wie der Umfang satellitengestützter Kommunikation und Forschung steigt, wird das Gros der südlichen Staaten und Konzerne auf den Zugang zu den Satelliten des Nordens angewiesen sein. Der lange Umweg über den Orbit von zweimal 20 000 m macht sie dann auf neue Art erpreßbar. Auch die derzeit erwogene »Internationalisierung« von GPS zielt nicht auf freien Zugang zum System, sondern erstens auf geregelten Zugang (wer darf, wer nicht?), zweitens auf Unabhängigkeit vom Pentagon (Verwertbarkeit vor Staatsraison) und drittens auf längerfristige *support*-Garantie (erst dauerhafter Betrieb erzwingt die rückhaltlose Investition).

Verkehrsleitsysteme

Eine Profitquelle mit Tradition ist der Wegezoll, die Maut. Dieses Ärgernis auf dem schnellen Weg zum südeuropäischen Badestrand ist nun als elektronisches und funkgestütztes *road pricing* auch in der BRD im Testlauf. Für jedes Fahrzeug müssen die HalterInnen einen Bordchip zur Identifizierung kaufen, der beim Passieren von Kontrollstellen per Funk abgelesen wird. Handelt es sich um ein *prepaid*-Verfahren, wird wie

bei der Telefonkarte ein zuvor bezahltes Guthaben belastet, im *debit*-Verfahren wird hinterher abgebogen.

Natürlich winkt den künftigen privaten Autobahnbetreibern (Straßenmultis?) Knete ohne Ende, wenn die Grundinvestition erst einmal staatlich-steuerlich vorfinanziert ist. Aufschlußreich ist aber v.a. der Steuerungsaspekt, der Ausbau zum Verkehrsleitsystem. Der Bordchip kann auch direktiv angefunkt werden: im harmlosen Werbe-Szenario z.B. zum Zweck der automatischen Einfädelung in automatisch fahrende Autokolonnen ohne Unfallgefahr und Lenkbedarf, aber im weniger harmlosen Fall um die Lenkung zu manipulieren und das Fahrzeug zur Kontrolle aus dem Verkehr herauszuziehen.

Allein diese Möglichkeit impliziert schon (nach dem bekannten Muster) die Definition von Nießbrauch und Mißbrauch, den Gegensatz von Benutzungslizenz und Ausschluß. Das Verkehrsleitsystem ermöglicht es einerseits, gezielt einzelnen Fahrzeugen das Einfahren in einen Regelkreis, sei es das Autobahnnetz oder auch ein Villenviertel, zu verbieten. Andererseits funktioniert das auch gestreut: »Wenn irgendwo ein großer Bankraub passiert, dann werden wir unter Umständen die Ausfallstraßen eben voll durchknipsen«, weiß der baden-württembergische Verkehrsminister Schaufler (*Auto-Magazin* 3/93). »Durchknipsen«, Lahmlegen, das ist der große Hintersinn: Im System der Zwangsmobilität wird Immobilität zur paradigmatischen Strafe.

Übrigens verwischen digitale Daten die Trennung von Staat und Privaten. Die Benutzungsprofile, die von Maut- und Leitsystemen zum Zweck der Kostenrechnung erstellt werden, sind zugleich Bewegungsprofile. Sie gestatten die permanente Überwachung und sofortige Bestrafung. So trägt das System polizeilichen Charakter, auch ohne daß es tatsächlich in der Kombination mit Satelliten zur weltweiten polizeilichen Ortung von Fahrzeugen dient, wie etwa BKA-Präsident Zachert beabsichtigt (*FR*, 22.6.93).

Das sind nun genug Beispiele neuerer Technologien.

Grundzüge der Digitalen Enteignung

Was ist Technologie? Normalerweise lenken uns Diodenflackern und Soundcard-Piepen ab auf das *Ding* in seinen drei Dimensionen Höhe/Breite/Tiefe. Würde Technologie aber wirklich bloß aus den ganzen Apparaten bestehen, dann wäre für den Widerstand das Diktum von Sjöwall/ Wahlöös Kollberg zufriedenstellend, der sinngemäß sagt: »Ein Computer taugt ganz gut dazu, eine Tür damit einzuwerfen.«

Aber unabhängig vom konkreten Gerät und der jeweiligen Verfahrensweise ist Technologie eine Form der gesellschaftlichen Beziehungen: Waffe ihrer Neuzurichtung und Ergebnis der Konfrontation.

In diese Hinsicht teilen Asyl-Card, Satellitenkommunikation und Verkehrsleitsysteme mehrere Grundzüge:

1. Technologie, gerade die digitale, verlagert Wissen von unten nach oben. Jeder Informationsspeicher saugt produktives Wissen von denen auf, die arbeiten, und schlägt es der Stufe der Betreiber zu. Informatisierung ist Wissensraub und damit Wertraub; Technologie und ihre Speicherinhalte sind abstrahierte Arbeit, deren Wert nicht mehr neu gekauft werden muß. Das eigene Wissen von heute grinst uns morgen als fremdes Wissen aus dem Monitor entgegen. Auf höherer Ebene (bei qualifizierter Arbeit) wird

das von Expertensystemen und Künstlicher Intelligenz, auf unterer Ebene (bei unqualifizierter Arbeit) von Magnet- und Chipkarten geleistet. Gerade letztere zwingen die Menschen perfiderweise dazu, das enteignete Wissen ständig mit sich herumzutragen, quasi als dezentrale und mobile Filialdateien des Zentralspeichers.

2. Nach dem binären Prinzip von 0 und 1 definiert digitale Technologie Einschluss und Ausschluss. Die digitalen Anwendungen werden erst durch ihren selektiven Zugang funktional. Der Witz bei der Sozialversicherungskarte ist nicht nur das, was draufsteht, sondern auch, wer eine hat und wer keine hat. Das gleiche gilt bei den sogenannten »Dienstleistungen«: Dem Service geht die Hürde der Lizenzierung voran, er ist nie für alle da. So bleibt es nicht bei effizienterer Kontrolle und der Verweigerung einzelner Ansprüche mit dem Nachweis von »Mißbrauch«, der doch weiterhin mühselig ist. Sondern es wird möglich und programmatisch sogar erforderlich, Menschen und Gruppen insgesamt auszuschließen.

3. Digitale Netze lassen sich zusammenschalten und sollen zusammengeschaltet werden. Die Kreditkarte kann zur Telefon- und Bahnkarte werden, der Perso zur Sozialversicherungskarte, und die Mobilfax-Abrechnung kann über denselben Satelliten gehen wie die Verkehrsleitung und die Überwachung von Knast-FreigängerInnen (s.u.). Je multipler verschiedene Funktionen zusammengepackt werden, desto leichter lassen sich die Zugänge koppeln – und die Ausschlüsse: Wer durch ein Raster fällt, kann durch alle fallen. Zentrales Kriterium ist die Kreditwürdigkeit als Gradmesser der sozialen Erfolgs. Asylsuchende haben einfacherweise bald nur ein einziges Dokument, und zwar eins, das sie von der Eröffnung eines Bankkontos ausschließt, vielleicht auch vom Bahn-Fahren usw. Zugangskontrollen können ganz konkret räumlich umgesetzt werden zur Verbannung aus Zonen des teuren Wohnens, des Luxuskonsums oder der Investition: »Fixer-Card«-Lesegeräte an den Toren zum Züricher Bahnhofsviertel?

4. Digitalität ist eine Kontroll- und Selektionstechnologie nicht primär gegen einzelne, sondern gegen Massen. Sowohl der oben angeführte Bankräuber als auch die bewaffnete politische Gruppe sind Anachronismen. Die digitale Kontrolle erfaßt sie ganz effizient so nebenbei; das eigentliche Augenmerk liegt aber auf der Masse der Menschen, auch denen der obersten Schichten, in ihrem Alltagsverhalten. Darauf, wie sie arbeiten, wie sie kaufen, wie sie sich bewegen und wo überall noch »versteckte Kapazitäten« liegen könnten. Schließlich drückt nicht der Ausnahmemensch die Gesamtproduktivität, sondern – bei aller Differenzierung – der Durchschnitt. Konsequenterweise werden Polizei, Knast und allgemein die Sicherheit weitgehend privatisiert.

5. Der Kampf um den gesellschaftlichen Reichtum und Menschenwürde wird mit jeder Digitalisierung virtueller. Digitale Enteignung, das könnte bildlich gesprochen heißen: Die soziale Frage wird eingeklemmt zwischen einer *Mikrowelt* – den Chips und Magnetspeichern, die zu klein sind, um sie individuell zu kontrollieren – und einer *Makrowelt* – den Satelliten im Orbit, zu hoch um dranzukommen. Zwischen Chip und Satellit geht die Realität flöten: Viele der möglichen Kampfsituationen sind, lange bevor sie heiß werden können, schon simuliert und vorbeugend eingehegt. Nicht mal das Live-Fernsehen ist noch echt, wenn bei der Sportübertragung die Stadionwerbung per Computer mit Werbekonserven überblendet wird, damit sie farbiger, schärfer, suggestiver ist.

Im Gruselkabinett

Wer's nicht glauben mag, prüfe die folgenden Beispiele real existierender Digitalisierung auf die Gültigkeit der gerade genannten fünf Grundzüge.

Erstens: Die Hunde der spanischen Stadt Cordoba bekommen seit 1993 am Hals einen Chip implantiert, durch den die Zahlung der Hundesteuer kontrolliert wird (*FR*, 24.3.93).

Zweitens: In einer Berufsschule in Muret/Frankreich herrscht Vollverdatung und -verkartung durch das Haussystem »Lyceoduc«. Die SchülerInnen benutzen eine Karte, die zugleich Schlüssel zum Lehrsaal und Ersatzgeld für den Pausenkaffee ist, Notenspeicher, Strafregister, Anwesenheits-Steckkarte und PC-Paß; jede Kartenbenutzung ergibt ein Datum im Schulrechner (*FR*, 30.1.92).

Drittens: In einigen schwedischen Knästen bekommen Knackis den Lohn ihrer Zwangsarbeit nicht mehr ausbezahlt, sondern müssen im Knast mit einer Art »Knast-Card« unbar zahlen; ihr Geld wandert auf ein Konto unter dem alleinigen Zugriff der Knastleitung (*FR*, 22.7.93).

Und letztens: In einigen Bundesstaaten der USA bekommen Knast-FreigängerInnen einen kleinen Funksender implantiert, der ihre Ortung erlaubt. So können zusätzlich zur enormen Einknastung von 1,5 Mio. Menschen unzählige weitere billig überwacht werden. Die Umstellung von Antennen- auf Satellitenbetrieb wird erwogen. Je nach Satellitenart liegen auch Sender/Empfänger-Implantate nahe, die die TrägerIn auch erreichbar und z.B. verletzbar machen (Nogala 1989).

Sind das nicht wahre Bonbons von Kontrollstrategien?

Verspätung durch Volkszählungs-Boycott?

Wenn Technologie ein Mittel der gesellschaftlichen Auseinandersetzung ist, dann muß es eine Geschichte der Kämpfe geben.

Vorreiterin der ganzen Digitalisierung im Bewußtsein der Masse war die Volkszählung 1987. Ihr Boycott, kurz VoBo, brachte viele verschiedene soziale Segmente der Gesellschaft dazu, miteinander zu diskutieren. Über Gefahren, über Nutzungspotentiale, über den herrschaftlichen Zusammenhang mit den »Neuen Medien« (wie *out* das heute klingt!) und zum kurz vorher eingeführten computerlesbaren Personalausweis. Es lag auf der Hand, daß Technologie immer mehrere verschiedene Optionen bietet, daß sie sich nicht zielgerichtet und wie von selbst fortentwickelt wie weiland die marxischen »Produktivkräfte«, sondern daß sie gesucht oder gelassen, gewählt, abgewehrt oder aufgezungen werden muß.

Die Bilanz dieser Kampagne hin oder her, hat sie wohl ein halbes Jahrzehnt lang verhindert, daß eine innovationshörige Technologieakzeptanz durchgesetzt werden konnte. Einiges davon geht freilich noch aufs Konto des herrschenden Nachkriegsparadigmas Ost-West, das die hiesige Politik und Industrie stets zum Nachweis zwang, daß die von ihnen gewollten Technologien gut und nicht böse, friedlich und nicht kommunistisch seien.

Nach dem Bruch des Paradigmas 1989ff ist das zwar weggewischt, die Bevölkerung der BRD im europäischen Vergleich aber immer noch eine der innovationsmuffeligsten. Die Magnetkarte ist keineswegs selbstverständlich, und selbst Bargeld gilt immer noch als guter Ton statt als Indiz von Kreditunwürdigkeit. Wenn sich die Elektro- und Telekomkonzerne hier die Haare raufen über den allgemeinen TechNOKonservatismus, den Dilettantismus der EDV-ArbeiterInnen, die Gleichgültigkeit gegen alle Arten von Computersicherheit und Hardware-Verständnis, dann ist das nicht nur gespielt. Massenhafte immaterielle »Technikbegeisterung« wird als Produktivitätsbedingung erkannt und ihr Mangel beklagt.

Wenn – ja wenn da nicht die Hoffnung auf die Generation der Zukunft wäre, auf eine Menge *game boy*-konditionierter Kids, die ihre altmodischen Eltern das PC-Fürchten lehren. *Skippies*, wie die USamerikanische Werbesozilogie sagt: *Shool Kids with Income and Purchasing Power*. Mitunter wird ihr Spiel- und Experimentierverhalten sogar direkt zur Weiterentwicklung von Computertechnologie genutzt.

Yuppies Traum vom Schneckentempo

Die Doktrin der Digitalität heißt *Erreichbarkeit, Verfügbarkeit, Kontrollierbarkeit*. Die Apparate der Digitalität sind Zeichen der Modernität und des Erfolgs. Mit jeder technologischen Spiralwindung schrauben sich aber auch die Techniken der Sabotage durch die User nach oben. Denn jedes HiTech-Ding wird erst dann subjektiv erträglich, wenn es ausgeschaltet oder umgedreht werden kann.

Zum Beispiel Telefon-Anrufbeantworter: Statt in der Abwesenheit einer Person Anrufe aufzuzeichnen und die Abwesenheit durch Zeitverzögerung zu negieren, dienen sie heute genauso oft als Filter gegen unerbetene Anrufe. Die/der Angerufene lauscht dem Raumlautsprecher und feixt: »Von dir lasse ich mich nicht erreichen«.

Zum Beispiel Spitzenmanager-Urlaub: Die wahre Erholung vom Jetten zwischen den *global cities* mit Satelliten-Fax und Multi-Card bietet nicht mehr Hilton auf den Malediven, sondern nur der Rückzug in die abgelegene und garantiert stromlose Almhütte.

Beide Male schlägt die Doktrin in den Traum von ihrer Aufhebung um. Das Intensive wird extensiv, das Mobile will zur Ruhe kommen und die rasende Welle sich zum Partikel materialisieren. Gerade wer die avancierteste und teuerste Technologie anwendet, ist beinahe selbst schon ein *operator* – und damit tendentiell in der Lage, eigene Ziele zu verfolgen. Computerkriminalität ist dabei noch einfach profitorientiert, die Produktion von Viren lappt dagegen in spielerische Zerstörung hinüber. Und warum nicht schon Stunden vor Feierabend den ultimativen Absturz des Systems provozieren?

Soweit, so nett, aber die Palastrevolten der HiTech-Oberklasse schaden dem System nicht, auch wenn sie noch so viele Milliarden per EDV hinterziehen. Die wirkliche Gefahr liegt doch anderswo: bei denjenigen Teilen der arbeitenden Klasse, die zu arm und unqualifiziert gemacht werden, um sich überhaupt noch am HiTech-Gerenne beteiligen zu können. Und die sind unvermeidlich: HiTech funktioniert nur, wenn ein formeller Sektor hoher Investitionen und hoher Löhne seine Kosten auf informelle Sektoren abwälzen kann, in denen *LoTech* herrscht, die musealen Produktionsweisen überwundener

Akkumulationsregime. Dort finden sich der zweite, der dritte oder noch tiefere Trash-Arbeitsmärkte, dreckige Fabrikarbeit wie in den *sweat shops* des 19. Jahrhunderts, ambulanter Kleinhandel oder hoffnungslose Delinquenz.

Noch ist es nicht soweit

Digitalität zu verhindern, war vor Jahren noch eine mögliche Zielrichtung. Abgehakt. Die neuen Dinge anders zu nutzen, alternativ, demokratisch, ist nach wie vor in der Diskussion, was einige Teilbereiche wie v.a. Mailboxen angeht. Schon bei Magnetkarten ist der Gedanke gar nie aufgekommen, erst recht nicht bei Satellitenkommunikation und anderen militärisch initiierten Projekten.

Die ersten negativen Reaktionen auf die »Asyl-Card« argumentierten mit Kosten, Machbarkeitsbedenken und verfassungsrechtlichen Problemen. Die übliche Verfahrensweise in einem solchen Fall ist ja, eine interfraktionelle Kommission zu gründen, Grundgesetzartikel ins Gegenteil umzuschreiben, die Machbarkeit zu finanzieren und die Karte dann doch einzuführen. Der Karten-»Kritiker« NRW-Innenminister Schnoor meint, ehe »das Ding« eingeführt werde, vergingen »noch Jahre« und billigt sogleich die Machbarkeitskommission (*FR*, 5.1.95). Es kann also nur einige Jahre dauern.

Das Zeug läßt sich wohl nicht aufhalten. Zu sehr ist die digitale Enteignung integraler Teil der gesamten Anstrengungen, das globale gesellschaftliche Verhältnis, das in den Nachkriegsjahrzehnten unproduktiv erstarrt war, zu neuem in Fluß zu zwingen. Folgt nun also der Schwanengesang auf die technologisch-soziale Niederlage?

aja. In den 70er Jahren wurden die betrieblichen *Personalinformationssysteme* (PIS) auch nur als Antwort der Industrie auf die radikalen ArbeiterInnenkämpfe eingeführt; ohne sie wäre es vielleicht nicht mehr gegangen. Die Gesellschaft als Fabrik zu sehen, stimmt nach wie vor – zwar nicht mehr so wie in den 80er Jahren als tendenziell menschenleere, weil vollautomatisierte Fabrik, aber nun eben unter den veränderten Bedingungen:

Möglicherweise entspricht die gegenwärtig laufende Digitalisierung einem globalen Personalinformationssystem, das die Lenkung der ständig ausdifferenzierteren sozialen Segmente leisten muß, vorstellbar als unaufhörliche ortlose Schleppnetzführung nach der richtigen Arbeitskraft zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort. Das knackt den schwersten Computer. ■

»Capital Moves«

Die Zeitschrift *Capital & Class* hat eine neue Rubrik namens »POLEMIC« eingerichtet, unter der sie Beiträge zu aktuellen Debatten der Linken veröffentlichen will. Der erste Beitrag in der Nr. 57 (Herbst 1995) nimmt Stellung zur Globalisierungsdebatte. Er ist geschrieben von John Holloway, dem Autor von *Reform des Staats; Globales Kapital und nationaler Staat* in der Prokla 90. Dieser Aufsatz hatte starken Einfluß auf KH Roths Analyse der globalen Kapitalbewegung (es lohnt sich, ihn nochmal zu lesen!), bis hin in die Begrifflichkeit der Nationalstaaten als »Staubecken«.

»In unserer ersten Polemik stellt John Holloway die Frage, wie wir die Natur der Beweglichkeit des Kapitals zu verstehen haben. Er argumentiert, daß die aktuelle Kontroverse, welche das Kapital entweder als festgelegt oder als einfach global betrachtet, am Kern der Sache vorbeigeht. Weder das Gebundensein noch die Mobilität machen im eigentlichen Sinn die Natur des Kapitals aus. Eher muß die Entwicklung und das Schicksal des Kapitals als ein Verhältnis von »Kampf« und »Unterwerfung«, »Unterwerfung« und »Aufsässigkeit« verstanden werden. Somit ist die Vorstellung von »Globalisierung« selbst, so wie sie gewöhnlich verstanden wird, eine irreführende Bezeichnung, denn man kann das Kapital in keinem Fall als »frei« betrachten, zu (kommen und) zu gehen, wohin es »ihm« beliebt. mit unserem Verständnis des komplexen Spätkapitalismus kommen wir nur voran, wenn wir erkennen, daß die Unauflösbarkeit des Kapital-Arbeit-Verhältnisses tatsächlich ein Verhältnis von Kampf für und gegen Unterwerfung-Aufsässigkeit ist.« (Vorwort der Redaktion)

[Zur Übersetzung: Holloway spricht durchgängig von *labour*: Er meint damit Arbeit, Arbeitskraft und Arbeiter. Einerseits folgt er darin einer angelsächsischen Tradition, andererseits ist es seine größte theoretisch/praktische Schwäche, daß er eben nicht unterscheidet zwischen dem lebendigen Vermögen der ArbeiterInnen und der ihnen abgepreßten Maloche; deshalb wird bei ihm Arbeit ohne Kapital zur freien Tätigkeit; wir müßten nur »die private Aneignung der Arbeitsprodukte« zerstören, dann könnten wir unbeschwert weiterarbeiten, der alte Traum der Reformisten. Ich habe deswegen *labour* immer mit »Arbeit« übersetzt, auch wo er im marxistischen Sinn Arbeitskraft meint, oder wo er ganz einfach die ArbeiterInnen selbst meint; zur Rückerinnerung habe ich aber oft *labour* in eckigen Klammern dahintergesetzt.

Das Begriffspaar *subordination/insubordination* habe ich mit Unterwerfung-/Aufsässigkeit übersetzt; wobei »Aufsässigkeit« an mancher Stelle im Deutschen dann zu schwach ist, aber ich fand es besser als das Fremdwort »Insubordination« (Gehorsamsverweigerung, Widersetzlichkeit ...)]

John Holloway: »Capital Moves« (aus: Capital & Class #57)

Das Kapital ist in Bewegung. Dieser Satz ist so offensichtlich wahr, daß es schon sinnlos erscheint, ihn niederzuschreiben, ganz zu schweigen davon, ihn als Überschrift für einen Artikel zu nehmen. Und doch...

Dem gesunden Menschenverstand zufolge bedeutet der Satz »Das Kapital ist in Bewegung«, daß das Kapital, das sich normalerweise an einem Ort befindet, aufsteht und sich in Bewegung setzt. Britisches Kapital wird exportiert und in Afrika investiert. Japanisches Kapital bewegt sich aus Japan heraus und fließt in die Vereinigten Staaten. Unter Kapital wird etwas verstanden, das grundsätzlich fest ist, aber die Fähigkeit zur Bewegung hat. Kapital ist gebunden, aber in der Lage, sich zu lösen. Also: Volkswagen hat eine Fabrik in Puebla, aber wir wissen, daß VW (eine deutsche Firma) seine Fabrik schließen und sein Kapital woandershin bewegen kann. Das Kapital hat die Fähigkeit sich zu bewegen, aber in erster Linie ist es durch seine Bindung definiert: Bindung an eine Firma (Volkswagen), Bindung an einen Industriezweig (die Automobilindustrie) und Bindung an einen Ort (Puebla, Deutschland). Derselben Logik entsprechend wird Kapital, das in die Textilindustrie investiert wurde, oft als »Textilkapital« bezeichnet, Kapital in der Bankenindustrie als »Bankkapital«, Kapital, das Mexikanern gehört, als »mexikanisches Kapital«, das von US-Amerikanern als »US-Kapital«, usw.. Obwohl die Fähigkeit des Kapitals, sich zu bewegen oder sich von einem bestimmten Besitzer oder einem Zweig ökonomischer Aktivität zu lösen, niemals infrage gestellt wird, ist die Bewegung des Kapitals zweitrangig im Vergleich zu seiner ursprünglichen Definition als etwas Gebundenem oder Fixiertem.

In all diesen Beispielen wird das Kapital als ein Ding behandelt, ein Ding, das man besitzen kann, ein Ding, das normalerweise an einen bestimmten Ort gebunden ist, an eine Firma, einen Zweig ökonomischer Aktivität; ein Ding, das bewegt werden kann von Ort zu Ort, von Firma zu Firma, von einem Zweig der Aktivität zu einem anderen.

All das ist offensichtlich. Aber sobald wir versuchen, das Kapital seiner Dinglichkeit zu berauben, wird es weniger offensichtlich. Warum sollten wir versuchen, das Kapital seiner Dinglichkeit zu berauben, warum ist die offensichtliche Analyse der Bewegung des Kapitals nicht ausreichend? Die Antwort ist sicher, daß es davon abhängt, was wir verstehen wollen. Wenn wir als Ökonomen die kapitalistische Entwicklung verstehen wollen, oder wenn wir verstehen wollen, auf welche Weise das Kapital die Gesellschaft beherrscht, dann gibt es wahrscheinlich keinen Grund, die Dinglichkeit des Kapitals infrage zu stellen. Wenn wir jedoch nicht die Herrschaft und Reproduktion des Kapitals verstehen wollen, sondern seine Verletzlichkeit und Brüche, wenn, mit anderen Worten, wir nicht verstehen wollen, wie der Kapitalismus funktioniert, sondern wie er zerstört werden kann, dann müssen wir die Dinglichkeit des Kapitals aufknacken, seine Tatsächlichkeit aufbrechen, die Illusion zerbrechen, »das Kapital ist, das Kapital bewegt sich, das Kapital herrscht, so ist das halt«. Das ist der Grund, warum Marx einen so großen Teil seines Lebens damit

verbrachte, zu beweisen, daß das Kapital kein Ding ist, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis, ein gesellschaftliches Verhältnis, das in der fetischisierten Form eines Dings existiert.

Wenn wir das Kapital nicht so sehr als Ding verstehen, sondern eher als gesellschaftliches Verhältnis, was bedeutet es dann zu sagen, »Das Kapital ist in Bewegung«? Die Antwort ist jetzt nicht mehr so offensichtlich. Wie kann sich ein gesellschaftliches Verhältnis fortbewegen? Die Bewegung des Kapitals kann sich nur auf die Mobilität, oder vielleicht besser auf das Fließen oder die Flüssigkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse des Kapitalismus beziehen, auf die Machtverhältnisse im Kapitalismus.

Was Mobilität kapitalistischer gesellschaftlicher Verhältnisse bedeutet, können wir am besten sehen, wenn wir Kapitalismus und Feudalismus vergleichen. Im Feudalismus war das Verhältnis von Beherrschung/Ausbeutung ein unmittelbares und persönliches. Ein Leibeigener war an einen bestimmten Herrn gebunden, ein Herr war darauf beschränkt, den Leibeigenen auszubeuten, den er geerbt hatte oder auf andere Weise unterwerfen konnte. Beide Seiten des Klassenverhältnisses waren gebunden: Der Leibeigene war an einen bestimmten Herrn gebunden, der Herr war gebunden an eine bestimmte Gruppe von Leibeigenen. Wenn der Herr grausam war, konnte der Leibeigene nicht einfach gehen und für einen anderen Herrn arbeiten. Wenn die Leibeigenen faul waren, ungebildet oder auf andere Weise aufsässig, konnte der Herr sie disziplinieren, aber er konnte sie nicht einfach feuern. Die Beziehung zwischen Leibeigenem und Herrn hatte einen festen, unbeweglichen Charakter. Die daraus resultierende Unzufriedenheit drückte sich auf der Seite der Leibeigenen in

Revolten aus, auf der Seite der Herren darin, daß sie andere Wege suchten, ihre Macht und ihren Wohlstand zu vergrößern. Die persönliche, unbeweglich gewordene Beziehung der feudalen Knechtschaft erwies sich als unzureichende Form, die Macht der Arbeit [power of labour] im Zaum zu halten und auszubeuten. Leibeigene flohen in die Städte, die Feudalherren akzeptierten die Monetisierung des Herrschaftsverhältnisses [das Verwandeln der persönlichen Unterwerfung und unmittelbaren Ausbeutung in abstrakte, über Geld geregelte gesellschaftliche Verhältnisse; d.Ü.].

Der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus war also eine Bewegung der Befreiung *auf beiden Seiten des Klassenverhältnisses*. Beide Seiten flohen voreinander: Die Leibeigenen vor den Herren (wie die liberale Theorie hervorhebt), aber auch die Herren vor den Leibeigenen, durch die Bewegung ihres zu Geld gewordenen Reichtums. Beide Seiten flohen vor einem Herrschaftsverhältnis, das sich (als Herrschaftsform) als unzureichend herausgestellt hatte. Beide Seiten flüchteten in die Freiheit.

Die Flucht in die Freiheit steht so im Mittelpunkt des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus. Aber hier gibt es natürlich zwei verschiedene und sich widersprechende Bedeutungen von Freiheit (dieser Dualismus bildet den zentralen Widerspruch der liberalen Theorie). Die Flucht der Leibeigenen war eine Flucht aus der Unterwerfung unter den Herrn, die Flucht derer, die aus diesem oder jenem Grund die alte Unterwerfung nicht mehr akzeptierten, die Flucht der Aufsässigen. Die Flucht der Herren war genau das Gegenteil: Daß sie ihren Reichtum in Geld umwandeln, war eine Flucht weg von der Unzureichlichkeit der Unterwerfung, eine Flucht vor der Auf-

sässigkeit. Auf der einen Seite die Flucht *der* Aufsässigkeit, auf der anderen Seite die Flucht *vor der* Aufsässigkeit: Wie man es auch sieht, die Aufsässigkeit der Arbeit [labour] war die treibende Kraft der neuen Mobilität des Klassenverhältnisses, die Flucht von Leibeigenen und Herren voreinander.

Die Flucht *der-und-vor-der* Aufsässigkeit der Arbeit [labour], die gegenseitige Abstoßung der beiden Klassen löste das Klassenverhältnis natürlich nicht auf. Sowohl für die Leibeigenen als auch für ihre Herren endete die Flucht in die Freiheit in der Wiederherstellung der Fesseln gegenseitiger Abhängigkeit. Die befreiten Leibeigenen stellten fest, daß sie nicht die Freiheit hatten, die Arbeit einzustellen: Da die Produktionsmittel nicht ihnen gehörten, waren sie gezwungen, für einen Herrn zu arbeiten, jemanden, der die Produktionsmittel besaß. Um zu überleben, mußten sie sich wieder unterwerfen. Es war jedoch keine Rückkehr zum alten Verhältnis: Sie waren nicht länger an einen bestimmten Herrn gebunden, sondern konnten sich frei bewegen, den einen Herrn verlassen und zu einem anderen gehen, um für ihn zu arbeiten. Der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus bedeutete die Entpersönlichung, Zersetzung oder Verflüssigung der Herrschaftsverhältnisse. Das Ausbeutungsverhältnis wurde durch die Auflösung der Fesseln persönlicher Gebundenheit nicht abgeschafft, aber es erfuhr eine fundamentale Veränderung seiner Form. Die bestimmte Fessel, die den Leibeigenen an einen bestimmten Herrn band, wurde aufgelöst und ersetzt durch ein bewegliches, fließendes, zergliedertes Verhältnis der Unterwerfung unter die kapitalistische Klasse. Gerade die Flucht der Aufsässigkeit begründete das neue Klassenverhältnis.

Auf der anderen Seite der Gesell-

schaft fanden auch die ehemaligen Herren, die ihren Reichtum in Geld umwandeln(1), heraus, daß die Freiheit anders aussah, als sie sich das vorgestellt hatten, denn sie waren immer noch abhängig von der Ausbeutung und damit der Unterwerfung der Ausgebeuteten, der Arbeiter, ihrer früheren Leibeigenen. Die Flucht vor der Aufsässigkeit ist keine Lösung für die Herren, die zu Kapitalisten wurden, denn die Vergrößerung ihres Reichtums ist abhängig von der Unterwerfung der Arbeit [labour]. Sie sind frei, die Ausbeutung einer bestimmten Gruppe Arbeiter zu beenden (aus welchem Grund auch immer – Faulheit, ungenügende Kenntnisse, oder dergleichen) und entweder direkte Ausbeutungsbeziehungen mit einer anderen Gruppe Arbeiter aufzunehmen oder schlicht durch nichtproduktive Investitionen an der weltweiten Ausbeutung der Arbeit [labour] teilzunehmen. Welche Form ihr besonderes Verhältnis zur Ausbeutung der Arbeit [labour] auch annimmt, die Vergrößerung ihres Reichtums kann nicht mehr sein als ein Teil der gesamten Ausbeutung des Reichtums, der von den Arbeitern produziert wird. Unabhängig von der Form der Klassenherrschaft bleibt die Arbeit [labour] die einzige konstitutive Macht. Genau wie im Falle ihrer früheren Leibeigenen erweist sich die Flucht in die Freiheit als Flucht in eine neue Form der Abhängigkeit. Wie die Flucht der Leibeigenen vor der Unterwerfung sie in eine neue Form der Unterwerfung zurückführt, führt die Flucht der Herren vor der Aufsässigkeit sie zurück zu der Notwendigkeit, sich dieser Aufsässigkeit entgegenzustellen. Das Verhältnis hat sich jedoch gewandelt, denn die Flucht des Kapitals vor der Aufsässigkeit steht im Mittelpunkt seines Kampfs, Unterwerfung durchzusetzen (wie z.B. bei der allgegenwärtigen Drohung mit Fabrik-

schließungen oder Bankrott). Die Flucht vor der Aufsässigkeit ist zum definitiven Merkmal des neuen Klassenverhältnisses geworden.

Die Aufsässigkeit der Arbeit [labour] ist damit die Achse, auf der die Definition des Kapitals als Kapital sich dreht. Es ist die gegenseitige Abstoßung der beiden Klassen, die Flucht der und vor der Aufsässigkeit, die den Kapitalismus von vorangegangenen Klassengesellschaften unterscheidet, die der Ausbeutung, auf der der Kapitalismus wie jede andere Klassengesellschaft beruht, eine besondere Form gibt. Die Ruhelosigkeit der Aufsässigkeit tritt in das Klassenverhältnis ein als die Bewegung von Arbeit [labour] und Kapital.

Von Anfang an ist das neue Klassenverhältnis, das Verhältnis zwischen Kapitalisten und Arbeitern (oder genauer, denn es ist ein entpersönlichtes Verhältnis, zwischen Kapital und Arbeit), ein Verhältnis gegenseitiger Flucht und Abhängigkeit: Flucht der und vor der Aufsässigkeit, Abhängigkeit von der Wiederunterwerfung. Das Kapital flieht qua Definition [by its very definition; es ist so entstanden, Kapital ist definiert als Flucht vor der Aufsässigkeit der Arbeiter; d.Ü.] vor der aufsässigen Arbeit [labour] auf der Suche nach immer größerem Reichtum, aber es kann niemals seiner Abhängigkeit von der Unterwerfung der Arbeit entkommen. Die Arbeit [labour] flieht von Anfang an vor dem Kapital auf der Suche nach Autonomie, Freiheit, Menschlichkeit, aber sie kann ihrer Abhängigkeit vom und Unterwerfung unters Kapital nur entkommen, indem sie es zerstört, indem sie die private Aneignung der Arbeitsprodukte zerstört. Das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit ist demnach eines der gegenseitigen Flucht und Abhängigkeit, aber es ist nicht symmetrisch: Die Arbeit [labour]

kann entkommen, das Kapital kann das nicht. Das Kapital ist in einer Weise abhängig von der Arbeit, in der die Arbeit vom Kapital nicht abhängig ist. Das Kapital hört ohne Arbeit auf zu existieren: Die Arbeit ohne Kapital wird zu praktischer Kreativität, zu schöpferischer Praxis, Menschlichkeit.

Sowohl der Leibeigene (jetzt Arbeiter) als auch der Herr (jetzt Kapitalist) bleiben die antagonistischen Pole eines Verhältnisses von Ausbeutung und Kampf, aber dieses Verhältnis ist nicht mehr dasselbe. Die Aufsässigkeit der Arbeit hat das Verhältnis zu einem ruhelosen, mobilen, flüssigen und fließenden gemacht, das in ständiger Bewegung und beständig auf der Flucht ist.(2) Das Klassenverhältnis wurde zu einem sich andauernd verschiebenden, von Natur aus mobilen Verhältnis, bei dem alle Kapitalisten an der Ausbeutung aller Arbeiter teilhaben und alle Arbeiter zur Reproduktion des Kapitals beitragen, und bei dem sich die Muster der Ausbeutung andauernd verändern wie in einem Kaleidoskop.

Mit dem Übergang zum Kapitalismus nimmt die Dialektik von Aufsässigkeit-/Unterwerfung der Arbeit, der Kern jedes Klassenverhältnisses, eine charakteristische Form an – die antagonistische Bewegung der Flucht der-und-vor-der Aufsässigkeit der Arbeit in ihre erneute Unterwerfung. Diese besondere historische Form drückt sich in den uns vertrauten Kategorien der politischen Ökonomie aus: In der Existenz der Arbeit und ihrer Produkte als Waren, in der Existenz von Wert, Geld, Kapital. All diese Kategorien drücken den indirekten oder zergliederten Charakter der kapitalistischen Herrschaft aus. Sie sind alle Ausdruck der Tatsache, daß die Unterwerfung der Arbeit im Kapitalismus durch »Freiheit« vermittelt wird, die »Freiheit« des Arbeiters und die

»Freiheit« des Kapitalisten oder, mit anderen Worten, die Flucht der-und-vor-der Aufsässigkeit. Diese Kategorien, die oft dazu benutzt werden, den gesetzmäßigen Charakter der kapitalistischen Entwicklung darzustellen, sind in Wirklichkeit Ausdruck der Grenzen setzenden Anwesenheit [defining presence] der Aufsässigkeit der Arbeit innerhalb des kapitalistischen Unterwerfungsverhältnisses, das heißt des Chaos' im Herzen der kapitalistischen Herrschaft.

Verkehrte Welt, so scheint es. Wir sind es nicht gewöhnt, im Zusammenhang mit z.B. dem Wert in solchen Begriffen zu denken. Es ist verbreiteter, den Wert als etwas zu sehen, das Ordnung schafft (das Wert»gesetz«), das die gesellschaftliche Fessel in einer Gesellschaft unabhängiger Produzenten darstellt. Das ist korrekt, aber nur, wenn die Betonung auf die Kritik an der liberalen Theorie gelegt wird. Der Satz vom »Wertgesetz« sagt im wesentlichen: »Dem Augenscheinlichen zum Trotz sind die scheinbar unabhängigen Produzenten der kapitalistischen Gesellschaft durch eine gesellschaftliche Fessel aneinander gebunden, die hinter ihrem Rücken wirkt – das Wertgesetz«. Wenn wir aber andererseits nicht vom Anschein des fragmentierten Individualismus ausgehen, sondern vom historischen Einbruch [irruption] der Aufsässigkeit der Arbeit in die Definition der Unterwerfung, dann drückt der Wert die Fragmentierung aus, die dieser Einbruch [irruption] der eher zusammenhaltenden [cohesive] Herrschaft im Feudalismus beibrachte. Das Wertgesetz ist gleichzeitig die Gesetzlosigkeit des Wertes, der Verlust jeglicher gesellschaftlichen Kontrolle über die Entwicklung der Gesellschaft, die Anwesenheit der Aufsässigkeit innerhalb der Unterwerfung. Der Wert ist der politisch-ökonomische Ausdruck der Gegenwart

der widersprüchlichen Flucht der-und-vor-der Aufsässigkeit innerhalb der Unterwerfung selbst, genauso wie die Freiheit deren kategorischer Ausdruck in der liberalen politischen Theorie ist.

Der Wert, in Form von Geld, ist die neue Flüssigkeit des Klassenverhältnisses. Die Tatsache, daß gesellschaftliche Verhältnisse durch Geld vermittelt werden, macht es dem Arbeiter möglich, von einem Herrn zum anderen zu wechseln, wobei in jedem Fall ihre oder seine Arbeitskraft zum Verkauf kommt, im Austausch für eine bestimmte Summe Geldes. Und die Tatsache, daß der zum Kapitalisten gewordene Herr seinen Reichtum in Geld verwandeln kann, macht es ihm möglich, eine Gruppe von Arbeitern zu verlassen und zu einer anderen zu gehen und an der weltweiten Ausbeutung der Arbeitskraft teilzunehmen.

Das Geld verflüssigt das Klassenverhältnis nicht nur, es wandelt es auch um oder fetischisiert es. Es gibt dem Klassenverhältnis seine eigene Färbung, indem es das Verhältnis von Unterwerfung/Aufsässigkeit als ein Verhältnis zwischen reich und arm erscheinen läßt, als ein Verhältnis, das eher von Ungleichheit zwischen denen mit Geld und denen ohne bestimmt ist, als von Antagonismus. Es verwandelt das antagonistische Verhältnis von Unterwerfung/Aufsässigkeit in ein Verhältnis von Geld, es verwandelt die Flucht der-und-vor-der Unterwerfung [Druckfehler? insub...?], die das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeitskraft definiert, in eine Bewegung von Geld, eine Bewegung von Kapital (im Sinne einer ökonomischen Erscheinung).

Der banale Satz, mit dem der Artikel begann, »Das Kapital ist in Bewegung«, hat nun eine neue Bedeutung. Er ist eine Tautologie. »Das Kapital ist in Bewegung« bedeutet nicht, daß das Kapital

normalerweise still dasitzt und sich jetzt bewegt, sondern daß das Kapital von Natur aus mobil ist.

Das Kapital ist also ein gesellschaftliches Verhältnis. Aber es ist nicht einfach nur ein gesellschaftliches Verhältnis von Ausbeutung/Unterwerfung/Herrschaft. Es ist ein gesellschaftliches Verhältnis von Unterwerfung usw., in dem die Grenzen setzenden [defining] Anwesenheit der Aufsässigkeit sich als fortwährende Rastlosigkeit ausdrückt, als andauernde Mobilität. Es ist sowohl eine funktionale Mobilität (wenn das Kapital sich aus produktivem Kapital in Warenkapital und dann in Geldkapital und wieder zurück verwandelt) als auch eine räumliche (wenn das Kapital um die ganze Welt fließt/flieht, auf der Suche nach einem Mittel, durch das es weiter wachsen kann). Die besondere Einheit von Unterwerfung/Aufsässigkeit, die *differentia specifica* des Kapitals, drückt sich in der Einheit von Produktion und Zirkulation aus, oder in der Einheit der verschiedenen funktionalen Formen des Kapitalkreislaufs (Marx behandelt das im 2. Band des *Kapital*), oder in der Einheit der Welt als dem Schauplatz des Klassenkampfes (des Verhältnisses zwischen Aufsässigkeit und Unterwerfung). Umgekehrt können die Verlagerungen von Produktion und Zirkulation oder der verschiedenen funktionalen Formen des Kapitalkreislaufs oder des räumlichen Fließens/der räumlichen Flucht des Kapitals nur als die Nichteinheit-in-der-Einheit von Aufsässigkeit und Unterwerfung verstanden werden, als die konstante Unfähigkeit des Kapitals, die Arbeitskraft im Zaum zu halten, als das andauernde Überfließen der Aufsässigkeit aus der Unterwerfung, als die Existenz der Arbeitskraft gegen-das-und-im (und nicht nur im-und-gegen-das) Kapital.

Das ist alles nur eine Wiederholung und Weiterentwicklung eines zentralen Themas in der Debatte, welche die CSE [*Conference of Socialist Economists*, Herausgeber von *Capital&Class*; d.Ü.] seit über zwanzig Jahren führt – die Kritik am Strukturalismus, an der Trennung von Struktur und Kampf. Die Trennung von Struktur und Kampf, das ist der springende Punkt, ist die Trennung von Unterwerfung und Aufsässigkeit. In der Hauptströmung (die fast ausschließlich strukturalistisch-funktionalistisch orientiert ist) der marxistischen Tradition ist es sehr verbreitet, den Kapitalismus als ein im wesentlichen selbstreproduzierendes System von Herrschaft/Unterwerfung zu sehen, das gelegentlich durch den Klassenkampf unterbrochen wird (die offene Manifestation der Aufsässigkeit), als ein sich selbst reproduzierendes ökonomisches System, in dem die Arbeiter Opfer sind, außer in den wenigen Fällen, bei denen sie zum offenen Kampf greifen. In dieser Tradition wird die Arbeitswerttheorie als der Mechanismus verstanden, der die Selbstreproduktion des Kapitalismus erklärt: Es existiert eine besondere Blindheit bezüglich des offensichtlichsten Aspekts der Arbeitswerttheorie – daß sie nämlich eine Theorie der Abhängigkeit des Kapitals von der Arbeit ist und daher eine Theorie des Klassenkampfes. Genau gegen diese verdummende und vor allem zur Ohnmacht verdammende Tradition der Hauptströmung im Marxismus ist es wichtig, die Einheit von Aufsässigkeit und Unterwerfung wieder geltend zu machen, die zersetzende, zerstörende, chaotische Anwesenheit der Aufsässigkeit innerhalb der Unterwerfung selbst.

Die Art und Weise, wie der Satz von der Mobilität des Kapitals in vielen aktuellen Diskussionen über »Internationalisierung« oder »Globalisierung« des Kapitals

benutzt wird, ist ein Beispiel für die Trennung von Unterwerfung und Aufsässigkeit, von Struktur und Kampf. In solchen Diskussionen kommt die Arbeit [labour], wenn überhaupt, nur als ein Opfer der jüngsten Entwicklungen der kapitalistischen Herrschaft vor. Die Handelnden in solchen Diskussionen heißen z.B. US-Kapital, japanisches Kapital, europäisches Kapital, Finanzkapital. Die Debatte kreist um die Ausdehnung der Macht des »Finanzkapitals«, um die »innerimperialistische« Rivalität zwischen »US-Kapital«, »japanischem Kapital« usw.. All diese Kategorien stützen sich darauf, daß das Kapital als ein Ding gesehen wird. Diese Sichtweise schließt den Versuch aus, die Rastlosigkeit des Kapitals in Begriffen der Macht der Aufsässigkeit zu verstehen. Wenn die aktuellen Veränderungen im Kapitalismus in Begriffen des Konflikts zwischen verschiedenen nationalen Kapitalen(3) verstanden werden, dann kann der Klassenkampf, wenn er überhaupt vorkommt, nur als eine Reaktion auf die sich verändernde Form der Herrschaft vorkommen, nicht als die Substanz der Veränderung. Alles wird auf den Kopf gestellt: Die »Globalisierung« des Kapitals (damit meine ich jetzt die enorme Steigerung der Geschwindigkeit und des Ausmaßes von Kapitalfluß/flucht in Geldform) wird eher als Anwachsen der Macht des Kapitals gesehen und nicht so sehr als eine Manifestation der Unfähigkeit des Kapitals, die Arbeitskraft zu unterwerfen.(4) Die Gewalttätigkeit des Geldes ist ein Maßstab für die Flucht des Kapitals vor der Aufsässigkeit der Arbeitskraft und für die Verzweiflung angesichts seiner Notwendigkeit, die Unterwerfung wiederherzustellen.(5) Der Marxismus ist keine Theorie von der Macht des Kapitals, sondern eine von der Macht der aufsässigen Arbeit.

Anmerkungen

(1) In einem hilfreichen Kommentar zur ersten Fassung dieses Papiers bemerkt Chris Arthur, daß »das Papier virtuell bekräftigt, daß der Kapitalist der Adlige mit einem neuen Hut ist. Das ist historischer Revisionismus in großem Stil ohne jeglichen Beweis. Er sollte wenigstens der üblichen Geschichte zugestehen, daß eine neue Produktionsweise zumindest den Untergang des Adligen und der Aufstieg des Kapitalisten bedeutete und bis hin zu einem scharfen Klassenkampf zwischen beiden reichte, markiert von Episoden wie der Französischen Revolution.« Chris hat ganz recht: das Thema des Papiers ist in der Tat, daß der Kapitalist der transformierte Adlige ist. Es geht dabei nicht um die Frage personeller Kontinuität (die es in einigen Fällen gibt, in anderen nicht), sondern darum, den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus als einen Wechsel/Wandel in der Form des Verhältnisses von Herrschaft und Kampf zu verstehen, oder besser: von Aufsässigkeit und Unterordnung der Arbeit. Wenn man unter Klasse nicht eine Gruppe von Leuten versteht (»Kapitalisten«, »Adlige«), sondern den Pol eines antagonistischen Herrschaftsverhältnisses (vgl. Marx; Gunn 1987), dann ist es natürlich falsch, den Kampf zwischen Kapitalisten und Adligen als einen Kampf zwischen zwei Klassen zu sehen. Er war vielmehr ein Kampf um die Form der Klassenherrschaft, die Form der Unterordnung aufsässiger Arbeit. Zum »historischen Revisionismus« in wirklichem großem Stil siehe Gerstenberger (H. Gerstenberger: Die subjektlose Gewalt: Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt; 1990), die ähnlich argumentiert gegen die Orthodoxie marxistischer Hi-

storiker mit einem beeindruckenden Reichtum an Beweisen.

(2) Daraus folgt, daß der Klassenantagonismus nicht nur auf der Ebene der Produktion gesucht werden kann, sondern auf der Ebene der Einheit von Zirkulation und Produktion. Die Betrachtungsweise, die Produktion als primär und die Zirkulation als sekundär zu sehen, führt dazu, die Arbeiterklasse als die Klasse von Menschen zu sehen, die in der Produktion unterworfen sind, also als industrielles Proletariat. Wenn wir das Kapital hingegen auf der Ebene der Einheit von Produktion und Zirkulation sehen (oder der Einheit aus Flucht der-und-vor-der-Aufsässigkeit und Aufzwingen der Unterwerfung), entsteht ein anderes Bild. Das Kapital lebt von der Unterwerfung und der anschließenden Flucht vor der Aufsässigkeit, die untrennbar von der Unterwerfung ist: es saugt Arbeit in sich auf, um sie auszubeuten und spuckt sie dann als ungenießbar wieder aus. Der Antagonismus, der die Arbeiterklasse definiert, ist nicht einer von Unterwerfung, sondern von Unterwerfung/Aufsässigkeit: die Arbeiterklasse sind keine unterworfenen Opfer, sondern die Aufsässigkeit, vor der das Kapital flieht, und die es unterwerfen muß. Wenn das Kapital vom Einsaugen und Ausspucken lebt, können wir die Arbeiterklasse genau definieren als Eingesaugte und Ausgespuckte der Erde.

(3) Die einzig mögliche Rechtfertigung für den Begriff vom »nationalen Kapital« könnte in einem Verständnis des Nationalstaats als einem Hindernis für die Angleichung der globalen Profitrate liegen (vgl. Kapital Bd. 3). aber dieses Argument wurde bisher nicht vorgebracht, und wenn dann müßte es auf

jeden Fall in Klassenbegriffen vorgebracht werden. Ich sehe absolut keinen Grund, *a priori* solchen fragwürdigen Begriffen wie »Britannien«, »Vereinigte Staaten«, »Mexiko«, »Irland«, »Japan« usw. Stichhaltigkeit zuzuerkennen. Wie jede andere Kategorie sozialer Theorie müssen solche Begriffe kritisiert werden.

(4) Zur Entwicklung einiger in diesem Paper benutzten Argumente siehe Werner Bonefeld: *The recomposition of the British State* (1993) und Werner Bonefeld (John Holloway: *Global Capital, the National State and the Politics of Money* (1995)

(5) Dieses Paper scheint in der Luft zu fliegen, aber das stimmt nicht. Dahinter steht die Frage nach dem Verhältnis zwischen dem zapatistischen Aufstand in Chiapas und der Abwertung des mexikanischen Peso, zusammen mit dem Aufbruch der weltweiten Finanzmärkte (das »systemische Risiko« des Weltkapitalismus), den der Aufstand provozierte. Wenn man die Kapitalflucht aus Mexiko als ökonomisches Phänomen versteht, das völlig verschieden ist von der Revolte in Chiapas (Trennung der Struktur vom Kampf), dann wird es schwieriger, die Einheit zwischen beiden Formen der Unzufriedenheit festzustellen, derjenigen auf dem Land in Chiapas und derjenigen in der größten Stadt der Erde. Wenn die verbindende Zündschnur aber erst einmal angezündet ist, könnten sie die Welt verändern.



Schwarzarbeit

Razzia auf Autobahn-

exp Ahlen/Beckum - Da stank doch was zum Himmel. Im Kampf gegen Schwarzarbeit in Raststätten-Toiletten bliesen 33 NRW-Arbeitsämter zur Großrazzia. In 500 Örtlichkeiten wurde

schon Anfang der Kontrollen sind die WC-Kräfte legal Beschäftigte eines Reinigungsunternehmens im münsterländischen Beckum. Der Betrieb doch deklariert die Kräfte als selbständige Subunternehmer, für die keine Sozialabgaben gezahlt werden müssen. Für jeden WC-Pfleger kassierte das Unternehmen vom Toilettenbetreiber

Prüfung, die Vermittelten in- lebten „auf Spendenbasis“ von dem, was die Benut- zner auf das Toilettenbe- zahlen.

Schwarzarbeit Razzia wies neben NRW Berlin-Brandenburg, Baden-Württemberg und Sachsen. Das Arbeitsamt Ahlen beschlagnah- te „Berge von Scheiße“.

Mehrere Personen für So- zialleistungen bekommen und ihren Lebensunterhalt nicht zahlen konnten. In den Ar- kassierte das Unternehmen ebenfalls ins

Schluss mit dieser Scheiße!